



**Änderungsanträge des
Forum Demokratischer Sozialismus (fds)
zum Leitantrag des Parteivorstandes
(*Entwurf eines Bundestagswahlprogrammes*)**

Eingereicht am 24. Mai 2017

**5. Parteitag, 2. Tagung
der Partei DIE LINKE
Hannover, 9.-11. Juni 2017**

Einführung

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 1-3: „~~Die Zukunft, für die wir kämpfen~~ SOZIAL. GERECHT. FÜR ALLE ~~Die Zukunft:~~
SOZIAL. GERECHT. FÜR ALLE.“

Begründung:

Wir sind für soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft, ganz egal, auf welchem Wege dies erreicht werden kann. Da muss nicht immer Kampf sein.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 17: „~~Wir~~, DIE LINKE, ~~wollen~~ will“

Begründung:

Der Satz ist sonst grammatikalisch Unsinn und entwertet das „wir“ im Absatz zuvor, welches sich ersichtlich auf die Wählenden bezieht und nicht auf DIE LINKE.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 25: „... sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird. In der alle hier lebenden Menschen sich an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligen können.“

Begründung:

Der wichtige Aspekt der demokratischen Mitentscheidung fehlt in der Aufzählung.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 59: „...und den globalen ~~Finanz~~kapitalismus.“

Zeile 60: „Die Bundesregierung aber stärkt den ~~Finanz~~kapitalismus ...“

Begründung:

Der Kapitalismus ist eine Ursache von Flucht und Vertreibung. Eine Reduktion auf den Finanzkapitalismus ist unterkomplex. Gleiches gilt für die Kritik an der Bundesregierung.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 78: „... Kürzungspolitik wollen wir beenden. Wir wollen die EU zur einer Transferunion mit einer Säule der sozialen Rechte weiterentwickeln.“

Begründung:

Dieser wichtige Aspekt fehlt bei dem, was wir für eine EU wollen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 81/82: „... ~~Nur~~ DIE LINKE steht an der Seite der Armen und Erwerbslosen wie an der Seite der Geflüchteten.“

Begründung:

Der Alleinvertretungsanspruch ist anmaßend. Zum einen gibt es eine vielfältige Zivilgesellschaft, zum anderen gibt es auch in anderen Parteien Mitglieder die das tun und in unserer Partei Menschen die das nicht tun.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 87/88: „... einhalten. ~~Der neoliberale Kapitalismus~~ Weltweit werden ~~nutzt~~ ungebrochen fossile Brennstoffe genutzt, die Zerstörung von Klima und Natur schreitet voran.“

Begründung:

Die Zerstörung von Klima und Natur ist kein Alleinstellungsmerkmal des (neoliberalen) Kapitalismus.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 93-97 ersetzen durch:

„Viele öffentliche Einrichtungen verkommen. In unzähligen Schulen regnet es rein und es fehlt das Geld für eine angemessene Reinigung. An den Universitäten fehlt es in den Vorlesungen immer öfter an Plätzen. In öffentlichen Krankenhäusern werden notwendige Investitionen nicht durchgeführt, Schwimmbäder, Sporthallen, Theater und Bibliotheken werden geschlossen. Brücken, Spielplätze, Fuß- und Radwege werden nicht im nötigen Umfang in Stand gehalten.“

Begründung:

Zum einen sind hier die verschiedenen Politikbereiche besser sortiert. Zum anderen wird auf die bestehenden Probleme hingewiesen, ohne eine Endzeitstimmung zu verbreiten und zu negieren, dass es auch bspw. Schulen gibt, in denen keine Probleme existieren.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 98-100 ersetzen durch:

„Wir leben in einem Land, in dem viele Menschen arm sind. Die Schlangen an den Tafeln werden nicht nur am Monatsende immer länger. Mehr und mehr Kinder kommen ohne Frühstück in die Schule. Klassenfahrten sind oft eine finanzielle Herausforderung. Das solidarische Gewebe der Gesellschaft ist dünn geworden. Wir leben in einem Land, ...“

Begründung:

Insbesondere der Teil mit den Kindern ist sachlich einfach falsch. Zudem sei darauf hingewiesen, dass Klassenfahrten, die nicht in besonderer Weise exklusiv sind, durch das Bildungs- und Teilhabepaket abgedeckt werden.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 101/102: „Rund eine Million sind Millionäre. Auf ihre Vermögen zahlen sie keine Vermögenssteuer. Steuern.“

Begründung:

Der Satz ist so, wie er derzeit steht, falsch. Denn auch Grundsteuer und Erbschaftssteuer sind Steuern auf Vermögen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 113: ~~„Die großen Parteien kümmern sich nicht um sie.“~~

Begründung:

Doch. Sie kümmern sich um die Abgehängten. Sie sorgen für Resignation und einen Rückzug von den demokratischen Prozessen. Das ließe sich mit den Klassikern alles als gezielte Strategie des Kapitals darstellen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 125/126: ~~„Angst und Sorge vor Konkurrenz wachsen, wo Mangel herrscht.“~~

Begründung:

Der Satz steht im Abschnitt zu Rassismus und Rechtspopulismus. Er ist richtig, kann aber in diesem Kontext so ausgelegt werden, als gäbe es die gute Konkurrenz und die böse Konkurrenz. Er sollte an dieser Stelle nicht aufgeführt werden.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 137 ändern in: „... nichts gegen die Altersarmut, ~~die viele heute schon betrifft und in Zukunft explodieren wird~~ explodierende Zahl älterer Menschen, die arm sind oder sein werden.“

Begründung:

Nicht die Altersarmut explodiert, sondern die Zahl der von ihr betroffenen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 142: „... oberflächliche Korrekturen. Es ist an der Zeit, ~~den Schalter umzulegen.~~ eine grundlegend andere Politik zu machen – in Inhalt und Form.“

Begründung:

Bei dem Schaltersatz handelt es sich um eine gefährliche Simplifizierung. Der Satz suggeriert, DIE LINKE müsse nur an einen Schalter kommen und den umlegen, dann wäre alles super. Tatsächlich würde aber auch die DIE LINKE einen tiefgreifenden Prozess der Veränderung anschieben müssen, der längere Zeit benötigt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 153/154: „Gegen die geballte Macht von Unternehmen und , Reichen und ~~ihren politischen Parteien~~ brauchen wir eine Revolution der sozialen Gerechtigkeit.“

Begründung:

Dass die Reichen und Unternehmen ihre eigenen politischen Parteien haben gehört in das Reich der Verschwörungstheorien. Es ist berechtigt zu sagen, die Parteien machten häufig eine Politik im Interesse von Unternehmen und Reichen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 177-179: „... Menschen orientiert. Wir investieren in Bildung und Gesundheit, in mehr Personal in Pflege und Erziehung, in sozialen Wohnungsbau, einen sozialen und ökologischen Umbau, der Wirtschaft, schnelle Internetverbindungen über Breitbandanschlüsse und in Barrierefreiheit.“

Begründung:

*Eine der zentralen Voraussetzungen für ein Programm der Zukunft ist, dass jede*r über schnelle Internetverbindungen verfügt.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 191: „... 260.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen und 75 Prozent auf die oberhalb einer Million Euro.“

Begründung:

So heißt die Forderung im entsprechenden Kapitel und um Missverständnissen vorzubeugen, sollte man hier Klarheit schaffen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 219: „... Unternehmen haben. Dazu gehört, ~~die Parlamente~~ das Europaparlament zu stärken.“

Begründung:

Statt auf eine Stärkung der nationalen Parlamente zu setzen, sollten wir uns für eine Stärkung des Europäischen Parlaments stark machen. Dies um so mehr, als mit dem EUZBBG und hier insbesondere mit dem § 8 EUZBBG ein Instrument für den Bundestag existiert, erheblich auf die Politik der Europäischen Union Einfluss zu nehmen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 220: „... und Freihandelsverträge wie TiSA, TTIP und CETA werden wir beenden. Wir wollen Demokratie für Alle. Alle hier lebenden Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen. Dazu zählt auch Transparenz staatlichen Handelns.“

Begründung:

Unsere Partei basiert auf drei Säulen: Frieden, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Es gibt unter den Dingen, die wir dringend angehen wollen keinen Punkt, der sich explizit auf die Einbeziehung des Souveräns in demokratische Entscheidungsprozesse bezieht. Dies wird unserem eigenen Anspruch nicht gerecht.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 230: „... streiten, wir demonstrieren, wir haben Hoffnung, ~~wir sind die Hoffnung auf Veränderung.~~“

Begründung:

Wir würden das gern sein, ob wir es sind, wird sich zeigen. Ein Stück weit weniger Selbsterhöhung schadet nicht.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 235/236: „... für viele Beschäftigte nicht eingelöst. ~~Viele arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen doch mit ihrem Lohn kaum bis zum Monatsende über die Runden.~~“

Begründung:

Solcherart Elendsschilderungen sind in ihrer Verallgemeinerung nicht korrekt und nutzen rein gar nichts, wenn es darum geht, Menschen für unsere politischen Ziele zu gewinnen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 236-238: „Ein Viertel der Beschäftigten arbeitet in unsicheren, ~~prekären~~ Arbeitsverhältnissen wie Leiharbeit, Werkverträgen, befristeter Beschäftigung, Minijobs, Solo- und Scheinselbständigkeit.“

Begründung:

Unsicher und prekär sind zwei Begriffe für das Gleiche. ‚Unsicher‘ verstehen aber alle.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 241: „... Arbeitszeiten machen krank. Die LINKE ist eine Partei, die auch weiß, dass es viele Beschäftigte in Deutschland gibt, die mit auskömmlichem Gehalt versehen sind und in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehen. Auch deren Interessen vertritt die LINKE. Insofern, als sie sich den immer wieder kehrenden Versuchen der Arbeitgeber, diese Situation in ihrem Interesse zu verschlechtern, entgegenstellt. Denn eines ist für uns klar: Belegschaften, die gespalten sind, in einen Teil, der sich in unsicheren Arbeitsverhältnissen befindet und einen Teil, der nicht direkt mit dieser Problematik konfrontiert ist, bietet den Arbeitgebern Gelegenheit, diese Spaltung für sich zu nutzen.“

Begründung:

*Der bisherige Text vermittelt den Eindruck, als wenn es in der Bundesrepublik nur Arbeitnehmer*innen in unsicheren Verhältnissen gäbe. Und es entsteht der Eindruck, als wenn unsere Partei nur für diesen Teil der Beschäftigten zuständig sei. Beides ist falsch.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 246-249: „... Grundlagen dafür zu legen, dass es den Kindern einmal besser geht. Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis, das für alle Menschen, die es wollen und für Männer und Frauen gleichermaßen gilt. Ein Normalarbeitsverhältnis, das der Innbegriff für Stabilität und soziale Sicherheit ist und auf individuelle Lebenslagen Rücksicht nimmt. Die Löhne müssen für ein gutes Leben und für eine Rente reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert.“

Begründung:

Die Passage zum Normalarbeitsverhältnis ist völlig entbehrlich für unsere Forderungen, zumal nur einige sich unter dem Wortungetüm „Normalarbeitsverhältnis“ etwas Vernünftiges vorstellen können. Ferner: Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse für alle, warum dann die Aufzählung Menschen, Männer und Frauen (und schon fehlen dann die Transgender).

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 272: „~~Wir wollen Leiharbeit abschaffen.~~“

Begründung:

In den folgenden Sätzen werden Parameter benannt, unter deren Berücksichtigung Leiharbeit dann scheinbar doch akzeptabel sei. Das ist widersprüchlich.

Kapitel I. Gute Arbeit für alle statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 232: „Gute Erwerbsarbeit für alle statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst“

Begründung:

Auch ein Wahlprogramm ist ein Beitrag zur Aufklärung. Wenn es denn gewollt ist. Es geht in dem Kapitel um Erwerbsarbeit, also die Arbeit für die Menschen entlohnt werden. Es geht gerade nicht um die täglich anfallende und von der Gesellschaft viel zu wenig honorierte Arbeit.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 235: „Aber diese berechtigten Ansprüche werden für viele Beschäftigte und viele tausende Selbständige nicht eingelöst.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 269: „... Befristungen sollen auf längstens ein Jahr beschränkt werden. Auch im Öffentlichen Dienst arbeiten Beschäftigte immer länger befristet – vor allem junge Berufseinsteiger. Der Anteil der befristeten Neueinstellungen im Öffentlichen Dienst lag nach Angaben des Bundesinnenministeriums 2014 bei 45,2 Prozent, und damit über zehn Prozent höher, als in der Privatwirtschaft. Die Befristungsquoten liegen somit zwischen 8,2 und 11,3 Prozent beim Bund und 12,3 Prozent in den Ländern. Auch im Öffentlichen Dienst muss das Prinzip befristeter Neueinstellungen endlich der Vergangenheit angehören.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 284: „... Absicherung. Ab dem ersten Euro muss ~~die~~ eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.“

Begründung:

Die SV-Pflicht besteht auch in den genannten Beschäftigungsverhältnissen. Zum Nachteil der jeweils Beschäftigten und der Solidargemeinschaft aber eben nicht zum vollen Tarif. Das bedeutet eine „Ermäßigung“ für den Arbeitgeber, die es abzuschaffen gilt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 295/296: „...Mit der Einführung der Agenda 2010-Reformen durch die Regierung von SPD und Grünen, bei Zustimmung von Union und FDP, wurde Niedriglöhnen, prekärer Beschäftigung und Tariffucht der Weg bereitet.“

Begründung:

Es wäre ein wenig Geschichtsklitterung, Union und FDP aus der Zustimmung zur Agenda 2010-Reform rauszulassen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 303: „... Das wollen wir abschaffen.“ nächsten Satz (Zeile 303-304 ersetzen durch):
„Ein Tarifvertrag muss dann automatisch allgemeinverbindlich werden, wenn in seinem Geltungsbereich für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen überwiegende Bedeutung erlangt hat, z. B wenn ein Drittel der Beschäftigten der jeweiligen Branche von diesem Tarifvertrag erfasst werden. Ein Tarifvertrag ist ferner im öffentlichen Interesse auf Antrag einer Tarifvertragspartei für allgemeinverbindlich zu erklären, wenn die Absicherung des Tarifvertrages gegen die Folgen wirtschaftlicher oder sozialer Fehlentwicklungen erforderlich ist.“

Begründung:

Diese Änderung ist notwendig, um Fehlentwicklungen entgegen zu treten. Im Ursprünglichen Text wird nicht berücksichtigt, dass auch sogenannte gelbe Gewerkschaften Tarifverträge abschließen und damit zu einer CDU-FDP Regierung rennen können, die diesen schlechten TV dann allgemeinverbindlich erklärt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 312/313: „Wir wollen ~~Staatsanwaltschaften mit Schwerpunkten für die Arbeitsgerichtsbarkeit schaffen und~~ mehr Personal für die Aufsichtsbehörden.

Begründung:

In der Arbeitsgerichtsbarkeit gibt es keinen Staatsanwalt/keine Staatsanwältin. Diese gibt es nur im Strafprozess bzw. bei Verdacht einer Straftat. Unsere Rechtspolitik zielt darauf, das Strafrecht weitgehend auf die Bereiche von Straftaten gegen Leib und Leben und Sexualdelikte zu beschränken. In allen anderen Bereichen sollte weitgehend Schadenswiedergutmachung und Schadensersatz ausreichen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 318: „DIE LINKE will gute Löhne für alle Beschäftigten ~~—und gerechte Löhne.“~~

Begründung:

Bereits in seiner Kritik am Gothaer Programm polemisierte Marx gegen die Forderung des gerechten Lohnes. In der Schrift „Lohn, Preis und Profit“ heißt es dazu: „Statt des konservativen Mottos: „Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!“, sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: „Nieder mit dem Lohnsystem!“ Wir sollten also den „gerechten Lohn“ nicht aus der Mottenkiste holen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 320/321 streichen: „~~Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der Schweiz hatten ein Verhältnis von 1 zu 12 gefordert — das ist der nächste Schritt.“~~

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 346: „Immer noch verdienen Beschäftigte im Osten Deutschlands weniger als im Westen, im Durchschnitt 24 Prozent.“

Begründung:

Sachgerechte Konkretisierung.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 355/356: „In Deutschland gibt es über zwei Millionen Solo-Selbständige. Für viele bedeutet das ökonomische Unsicherheit auf der einen Seite und mehr Freiheit in der eigenen Lebensplanung auf der anderen Seite.“

Begründung:

Die Soloselbständigkeit allein auf das Schlechte zu reduzieren wird dieser Form von Tätigkeit nicht gerecht. Es geht der LINKEN vor allem um eine soziale Absicherung der Soloselbständigen bei Beibehaltung der auch von Soloselbständigen selbst gesehenen Vorteile dieser Tätigkeitsform.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 424: „... der Arbeitsschutzbehörden und Arbeitnehmervertretungen müssen gesetzlich vorgeschrieben werden.“

Begründung:

Der Staat darf nicht von seiner Pflicht zur Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Arbeitsschutznormen entlassen werden.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 430/431: „... erbrachte Arbeitsleistungen müssen vollständig als Arbeitszeit angerechnet werden. Arbeit auf Abruf wollen wir ~~verbieten~~ auf das unbedingt erforderliche Maß beschränken.“

Begründung:

*Tätigkeiten wie die Kinderschutzhotline, der Hafenzärztliche Dienst oder der sozialpsychiatrische Bereitschaftsdienst sind ohne Rufbereitschaft nicht vorstellbar. Auch die Beschäftigten bevorzugen diese Rufbereitschaft häufig, da so in den Randzeiten keine Pflicht zur Anwesenheit am Arbeitsplatz besteht und wenigstens im eingeschränkten Maß Privat- bzw. Familienleben möglich ist. Eine solch absolute Regelung wie im Antrag vorgesehen, würde sich gegen die Interessen vieler Arbeitnehmer*innen - mindestens des Öffentlichen Dienstes - richten.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 433: „... strenger reguliert und auf ein unvermeidbares Maß zurückgeführt werden: ~~z.B. auf maximal drei Nachtschichten nacheinander. Wo Schichtarbeit unvermeidbar ist müssen~~ gesundheitlich und/oder sozial verträglichere Modelle verwirklicht werden. Kurze Schichtblöcke (maximal drei hintereinanderliegende Schichten) vermindern die Umstellungsschwierigkeiten durch den Wechsel von Früh-, Spät- und Nachtschicht.“

Begründung:

Dieser Antrag soll den Unsinn ausbügeln, Menschen zu verbieten mehr als drei Nachtschichten zu arbeiten. Was machen denn bitte Menschen, die ausschließlich Nachts arbeiten, sei es wegen der Eigenheit der Tätigkeit oder aus persönlichen Motiven? Wir sind keine Verbotspartei.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 452-454: „... übernehmen (vgl. Kapitel Familien unterstützen). ~~Alle Beschäftigten müssen eine durch den Arbeitgeber bezahlte Pflegearbeit von bis zu sechs Wochen nehmen können, um eine neue Pflegesituation von Angehörigen organisieren zu können. Um eine neue Pflegesituation für Angehörige organisieren zu können wird ein Rechtsanspruch auf eine sechswöchige Pflegezeit eingeführt. Der Verdienstausschlag wird durch die~~ Pflegeversicherung erstattet.“

Begründung:

Hier wird im Ursprungstext gefordert, dass die Pflegezeit von bis zu sechs Wochen vom Arbeitgeber bezahlt werden soll. Das ist ein Bruch mit der sonstigen Logik, wo wir ein Versicherungssystem präferieren. Stattdessen schlagen wir vor, auch hier die Leistung nicht vom AG, sondern von der Pflegeversicherung finanzieren zu lassen, natürlich mit Rechtsanspruch. Zudem werden bei dieser Regelung auch Soloselbständige berücksichtigt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 523/524: „... Unternehmens orientieren. ~~Verstöße gegen die Betriebsverfassung sind eine Straftat, die mit Freiheitsstrafen belegt werden muss.“~~

Begründung:

Diese Forderung läuft unseren rechtspolitischen Forderungen im Bereich des Strafrechts diametral entgegen. Wir wollen das Strafrecht weitgehend auf Straftaten gegen Leib und Leben und die sexuelle Selbstbestimmung begrenzen. In allen anderen Fällen sollte es zur Schadenswiedergutmachung und zu Schadensersatz kommen. Darüberhinaus sehen die §§ 119 ff BetrVG bereits heute Sanktionen vor. Die Zeilen 516-519 des Wahlprogrammwerfes machen schließlich deutlich, dass hier ein Vollzugsproblem, nicht ein Regelungsproblem vorhanden ist. Wenn aber ein Vollzugsproblem existiert, wird dieses nicht mit einer neuen Strafnorm lösbar.

Kapitel II. Gute Renten für alle!

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 559/560: „Niemand darf im Alter arm sein, ganz unabhängig von der Dauer der Erwerbsarbeit, durch Berufsunfähigkeit, Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit, durch Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung.“

Begründung:

Warum sollte ein Erwerbsleben ein ganzes Leben dauern müssen als Schutz vor Armut?

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 567: „... ~~und Beamte und Beamtinnen einzahlen.~~ Die Altersrenten sind deutlich höher als bei uns.“

Begründung:

Fachlich falsche Behauptung. Beamte beziehen Ruhegehalt aus Ministeriumsbudget und nicht aus der Pensionistenkasse.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 573 bis 575: „... 3,2 Prozent in die betriebliche Altersversorgung oder die betriebliche Altersvorsorge stecken. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen paritätisch von den Beschäftigten und den Unternehmen bzw. Auftraggebern finanziert werden. Dabei sollte der Arbeitgeberanteil ein Prozentpunkt über dem Arbeitnehmeranteil liegen, vergleichbar dem österreichischen Modell.“

Begründung:

*Das „paritätisch“ sollte gestrichen werden, um der gesellschaftlichen Fürsorgepflicht der Arbeitgeber Rechnung zu tragen. Arbeit in einer kapitalistischen Marktwirtschaft bedeutet Ausbeutung an Arbeiter und Arbeiter*in – geistig wie körperlich. Daher sollten Arbeitgeber auch einen höheren Anteil an der Rente finanzieren, wodurch die gesetzliche Rente besser ausgestattet wird und Träumereien von privater oder betrieblicher Altersvorsorge eine eindeutige Absage erteilt wird. Das wäre ein ernsthafter Schritt in Richtung soziale Gesellschaft.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 577: „Erwerbslosigkeit, Niedriglöhne und prekäre sowie befristete Beschäftigung sind Gift für gute Rentenansprüche im Alter.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 601-603: „Auch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Beamte und Beamtinnen und Manager und Managerinnen sollen nach einer Übergangsfrist Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen“.

Begründung:

Man muss einen Zeitpunkt wählen, ab dem das gilt und zurückliegende Ansprüche nicht verfallen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 609-611 „Die Riester-Rente wollen wir in die gesetzliche Rente überführen: Individuell erworbene Rentenansprüche können auf das persönliche Rentenkonto bei der Rentenversicherung übertragen werden. Extraprofiten für die Versicherungswirtschaft wollen wir dabei verhindern“.

Begründung:

Die Überführung von Versicherungsverträgen soll nicht von Extraeinnahmen der Versicherungen auf Kosten der Steuerzahler begleitet sein.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 641/642 in: „~~Wir fordern eine zügige Angleichung an das Westniveau. Wir wollen die Angleichung des Rentenniveaus Ost an das Westniveau in der kommenden Legislaturperiode vollzogen haben.~~“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 652: „... Euro leben müssen. Die Höhe der solidarischen Mindestrente wird regelmäßig an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst, darf aber nicht abgesenkt werden.“

Begründung:

Die geforderten 1050 Euro können kein statisches Maß sein, sondern muss dynamisch an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Kapitel III. Soziale Sicherheit statt Hartz IV, Armut und Schikane

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 662: „Den Einzelnen wird in die Schuhe geschoben, was ein ~~gesellschaftliches~~
politisches Problem ist.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 663: „Das Hartz IV- System ist gescheitert und muss ~~abgeschafft werden~~ durch eine
sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden!“

Begründung:

*Wenn man etwas abschafft, ist erst mal nichts mehr da. Das wollen wir ja nicht. Da wir eine
konkrete Lösung haben, sollten wir diese gleich mit benennen.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 667: „~~Weg mit Hartz IV!~~“ „Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung
ersetzen!“

Begründung:

*Was weg ist, ist nicht mehr da. Das heißt aber noch lange nicht, dass etwas anderes
stattdessen da ist. Wir wollen aber nicht, dass es nichts statt Hartz IV gibt, sondern haben eine
konkrete Lösung.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 680: „Wir wollen ein Recht auf Erwerbsarbeit ~~Arbeit~~ und ein Recht, auch eine konkrete
Erwerbsarbeit ~~Arbeit~~ abzulehnen.“

Begründung:

*In der Zeile 681 heißt es völlig richtig, dass niemand dazu gezwungen werden darf, gegen seine
oder ihre Überzeugung eine Erwerbsarbeit anzunehmen. Wenn es aber um Erwerbsarbeit und
nicht um Arbeit geht, sollte das auch so geschrieben werden. Im übrigen würde das Recht, eine
konkrete Arbeit abzulehnen, zu schönen Rechtsstreitigkeiten führen, wenn es um Abwaschen,
Staubsaugen etc. im Haushalt geht. Unklar ist dann nur noch, ob dafür das Familiengericht
oder das Amtsgericht zuständig sein soll.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 701: „~~Die Beschäftigten haben einen Rechtsanspruch auf mindestens 18 Stunden die
Woche.~~“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 715: „Deshalb wollen wir das Hartz IV-System ~~abschaffen~~ ersetzen“.

Begründung:

Im Wahlprogrammwurf geht es an dieser Stelle weiter mit „Stattdessen“. Wir wollen also nicht abschaffen, sondern ersetzen. Wenn man etwas abschafft, ist erst mal nichts mehr da. Das wollen wir ja nicht.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 738/739: „Damit auch Menschen mit geringen Einkommen rechtlicher Beistand ermöglicht wird, fordern wir ~~den Ausbau der Prozesskosten- und Beratungshilfe~~ die Kriterien zur Bewilligung von Prozesskosten- und Beratungshilfe zu verändern. Das betrifft sowohl den Einsatz von Einkommen und Vermögen, wie auch die Mutwilligkeitsklausel“.

Begründung:

*Einfach den Ausbau zu fordern ist eine Nullaussage. Wir sollten uns schon die Mühe mache, im Groben zu beschreiben, was wir damit meinen. Es würden viel mehr Menschen Prozesskostenhilfe erhalten, wenn die Kriterien des § 115 ZPO verändert werden würden, in denen es um einzusetzendes Einkommen und Vermögen geht. Darüber hinaus stellt aber auch die Auslegung der „Mutwilligkeit“ eine erhebliche Einschränkung der Prozesskosten- und Beratungshilfe dar. Es gilt als mutwillig, wenn trotz Erfolgsaussichten die Prozesskosten unverhältnismäßig hoch gegenüber dem erreichbaren Ziel sind. Insoweit wird aber auf eine wirtschaftlich besser gestellte Person abgestellt. Das funktioniert natürlich nicht, weil für eine solche Person 20€, 50€ oder 100€ eine ganz andere Bedeutung haben, als zum Beispiel für eine*n Hartz IV-Beziehenden.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 746/747: „~~Auch deshalb unterstützt DIE LINKE die Einsetzung einer Enquete Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.~~“

Begründung:

Die Forderung ist richtig aber unglaubwürdig. Sie stand schon im Wahlprogramm 2013 und wurde nicht mal in Ansätzen umgesetzt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 747: „... zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag. Gleichzeitig wollen wir ein zeitlich begrenztes Programm zum Bedingungslosen Grundeinkommen – ähnlich dem finnischen Programm - aufsetzen, welches durch Gewerkschaften, Sozialverbände, NGOs evaluiert und wissenschaftlich begleitet wird. DIE LINKE unterstützt Konzepte, die über traditionelle Formen der Erwerbsarbeit hinausweisen.“

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 756/757: „Armut grenzt aus, ~~entmutigt und raubt den Kindern Chancen auf Entwicklung und Zukunft.~~ Sie raubt Kindern Perspektiven und entmutigt. Vielen armen Kindern werden Chancen auf eine gute Entwicklung und eine positive Zukunft genommen. Wir wollen gleiche Chancen für alle Kinder!“

Begründung:

Jedes Kind entwickelt sich und hat Zukunft. Uns geht es um die positive Entwicklung und die positive Zukunftsaussicht. Das wird klar gestellt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 803: „... ermöglichen. Gegenwärtig befinden wir uns in einer gesellschaftlichen Dynamik, in welcher durch klerikale und neokonservative Politikerinnen und Politiker die Renaissance einer erzkonservativen Familien- und Geschlechterpolitik vorangetrieben wird. Damit verbunden ist die reaktionäre Idee der Familie als „Keimzelle“, die Ablehnung der Gleichstellung der Gleichgeschlechtlichen Partnerschaft mit der Ehe und ein rückwärtsgewandtes Frauenbild.

Die LINKE setzt dagegen auf die Vereinbarkeit von Arbeits- und Lebenswelt. Der Gegensatz zwischen dem gesellschaftlichen Anspruch auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Scheitern dieser Idee in der Realität führt zu einer getriebenen Gesellschaft. Dabei spielen neben der Familienfreundlichkeit der Unternehmen, zum Beispiel durch die Abkehr der Idee einer vollzeitnahen Arbeit im Gegensatz zu neuen Heimarbeitsmöglichkeiten, vor allem die infrastrukturellen Voraussetzungen eine wesentliche Rolle. Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 818: „... Fachpersonal aufgestockt werden. Dabei unterstützt DIE LINKE Forderungen der Beschäftigten in Kindertagesstätten, insbesondere der Erzieherinnen und Erzieher, nach Anerkennung ihrer Arbeit, Verbesserungen der Aus- und Weiterbildungen, nach angemessener Bezahlung und guten arbeitsrechtlichen Bedingungen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 816: „... Familienleben vereinbaren können. Sogenannte 24 Stunden-Kitas lehnen wir ab.“

Begründung:

*Solche Betreuungsangebote sind kein Angebot, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Sie sind eher dazu geeignet, Familie und Beruf unvereinbar zu machen. Denn eine 24 Stunden Kita gibt den Arbeitgeber*innen die Möglichkeit, Arbeitnehmer*innen unabhängig von ihrem Familienstatus auch für Nachtarbeit einzusetzen. Dies bringt denklogisch noch weniger Zeit von Eltern mit ihren Kindern mit sich. Verlangt werden sollte von einer linken Partei aber eher, dass Arbeitgeber*innen Rücksicht auf die Familiensituation nehmen.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 828 (drei zusätzliche Spiegelstriche): „

- DIE LINKE setzt sich ein für einen Ausbau der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und der Hilfe für Frauen. Das gewachsene Netz aus staatlichen kommunalen und gesellschaftlichen Organisationen der Selbsthilfe und freien Träger müssen gestärkt und wo nötig ausgebaut werden. Dabei sollen flächendeckend lokale beteiligungsorganisierte Netzwerke quartiersbezogener Bürger- und Familientreffpunkte für Kommunikation, soziale Hilfsangebote und Bildung

(Mehrgenerationenhäuser/Familienzentren oder Bürger- und Dorfgemeinschaftshäuser) geschaffen werden.

- DIE LINKE setzt sich für eine bundesweit einheitliche Finanzierung der Frauenhäuser ein, weil auf jede Frau im Frauenhaus mindestens ein Kind kommt. Dementsprechend ist das Thema der Finanzierung von Frauenhäusern nicht nur ein gleichstellungspolitisches, sondern auch ein kinderpolitisches Thema.
- Familien brauchen gesellschaftliche Solidarität. DIE LINKE fordert daher eine eigenständige soziale Sicherung für alle Familienangehörigen, einschließlich einer eigenen sozialen Grundsicherung für Kinder. Als ein erster Schritt zu einer individuellen und bedarfsorientierten Kindergrundsicherung sind die gegenwärtigen Geldleistungen zu bündeln.“

*Begründung:
Erfolgt mündlich*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 845: „... angerechnet werden. Ziel der LINKEN ist eine grundsätzliche Neubewertung und –verteilung von Arbeiten. Individuen und Gesellschaft brauchen gleichermaßen Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, politische/gesellschaftliche Arbeit und ein Leben in Kultur, Bildung, Fortbildung und Freizeit.“

*Begründung:
Erfolgt mündlich*

Kapitel IV. Solidarische Gesundheitsversicherung und mehr Personal in Pflege und Gesundheit

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1055/1056: ~~„Patente für Arzneimittel und Heilverfahren müssen abgeschafft werden.“~~
„Patente für Arzneimittel und Heilverfahren die mit öffentlichen Mitteln erforscht und entwickelt wurden, müssen für die Öffentlichkeit nutzbar sein. Solche Patente, ebenso wie die im Pharmabereich entwickelten Patente sollten als OpenPatent im Rahmen von Copyleft weiterverwendet werden dürfen. Insoweit wäre das Ausschließlichkeitsrecht die Ausnahme und nicht die Regel. Darüber hinaus werden wir die Idee des Patent Byouts weiter prüfen.“

Begründung:

Die Forderung klingt radikal, hilft konkret aber gar nichts. Mit der Patentierung ist zunächst die Pflicht zur Offenlegung der dahinterstehenden Idee verbunden. Bei Abschaffung der Patente würde diese Offenlegung wegfallen. Das wäre aber eine noch größerer Privatisierung von Wissen, als die Patentierung schon ist. Durch das dem Patent innewohnenden Ausschließlichkeitsrechts wird die Nutzung des Wissens zeitlich befristet. Dieses Ausschließlichkeitsrecht soll durch OpenPatent im Rahmen von CopyLeft umgedreht werden. Es wäre dann nur im Ausnahmefall eine ausschließliche Nutzung des Wissens möglich. Die Idee hinter dem Patent Byout ist, dass der Staat oder ein anderer Sponsor, zum Beispiel eine internationale Organisation, versucht, die Effizienzprobleme des Patentschutzes dadurch zu vermeiden, dass Patente mit besonders großen sozialen Erträgen aufgekauft und zur allgemeinen Verwendung freigegeben werden. Für mehr: <https://blog.die-linke.de/digitalelinke/patentrecht-von-links-ein-diskussionsaufschlag/>

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1084-1086 ersetzen durch: „Die Kommunen bieten kostenlose Patient*innenberatungen mit fachlich geschultem Personal an. Dabei soll die Wartezeit für eine Erstberatung nicht länger als sechs Wochen sein. Auf Wunsch sind Selbsthilfegruppen bzw. Patient*innenvertretungen entgeltlich einzubeziehen. Die Kommunen werden für diese Aufgabe voll entschädigt.“

Begründung:

Unabhängige Beratungsstrukturen lassen sich nicht flächendeckend aufbauen. Alle bisherigen Versuche dazu sind gescheitert. Als kommunale Pflichtaufgabe muss diese Leistung überall angeboten werden und so kann auch die entsprechende Qualität gesichert werden. Zudem kann über Gemeindevertretungen auch eine demokratische Kontrolle erfolgen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1107-1109: „Menschen müssen gegen ihren Willen Windeln tragen oder werden fixiert, In besonders extremen Fällen mussten Menschen gegen ihren Willen Windeln getragen. Manche wurden sogar fixiert, weil für 50 Heimbewohnerinnen und Heimbewohner in der Nachtschicht von nur zwei völlig überforderte Pflegekräften betreut werden müssen zur Verfügung standen.“

Begründung:

Ja, es gibt gravierende Missstände. Wir sollten aber nicht den Eindruck vermitteln, als wäre der beschriebene Zustand der Regelfall. Zudem suggeriert es, dass der Rechtsbruch der Zwangsfixierung ein nicht geahndeter Normalzustand sei.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1132: „...Eigenanteile zahlen. Das gilt ausdrücklich auch für Wohlhabende, denn durch die Beteiligung an der solidarischen Pflegeversicherung ohne Beitragsgrenzen, haben sie den angemessenen Beitrag bereits geleistet. Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, ...“

Begründung:

Selbst erklärend.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1158: „Die Digitalisierung geht auch am Pflegebereich nicht vorbei. Bereits jetzt werden schon vereinzelt für bestimmte Aufgaben sog. Pflegeroboter eingesetzt. Menschenwürdige Pflege beinhaltet aber auch einen Anspruch auf Pflege durch Menschen und menschlichen Kontakt. Deshalb wird sich DIE LINKE für eine gesetzliche Mindeststundenanzahl an menschlichem Kontakt in Pflegeeinrichtungen einsetzen.“

Begründung:

Robotik und Sensorik entwickeln sich immer weiter. Dies wird dazu führen, dass insbesondere körperlich anstrengende Pflegearbeiten durch Roboter ersetzt werden könnten und –solange es beim Kapitalismus und damit bei einer ökonomischen Betrachtung bleibt– werden. Dieser Zustand wird nicht morgen eintreten, es gilt aber bereits heute die Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Vorteile die diese Art von Digitalisierung für die Beschäftigten bringt nicht zu Lasten der Pflegenden gehen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1170: „Keine Pflegefachkraft ~~darf~~ sollte unter 3.000 Euro (in Vollzeit) verdienen.“

Begründung:

An der Forderung besteht der Höhe nach kein Dissens. Mindestlöhne und Lohnuntergrenzen sind jedoch zunächst Sache der Tarifparteien und einer linken Partei steht ein Eingriff in die Tarifautonomie auch bei guter Absicht nicht zu.

Kapitel V. Ungleichheit ist unsozial. Wir steuern um.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1186/1187: „Auf Vermögen werden keine Vermögenssteuern gezahlt.

Begründung:

Vergleiche Begründung zu Antrag 7. Der Satz ist so, wie er derzeit steht, falsch. Denn auch Grundsteuer und Erbschaftssteuer sind Steuern auf Vermögen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1194/1195: „Sie geht an die Länder und kann die öffentliche Infrastruktur stärken, speziell den Bildungsbereich, der chronisch unterfinanziert ist.“

Begründung:

Erfolg mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1212: „... erste Million ist davon freigestellt. Betriebsnotwendiges Kapital Vermögen kann bis fünf Millionen ...“

Begründung:

Dann ist es korrekt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1222: „...Wohneigentum bleibt freigestellt. Mehreinnahmen im Jahr: Fünf Milliarden Euro.“

Begründung:

Wer weiß das?

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1.246: „Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer umwandeln. Wir wollen Steuerdumping in Deutschland endlich eindämmen, steueroptimierte Gewinnverlagerungen im nationalen Rahmen zukünftig verhindern und somit Steueroasen ‚Made in Germany‘ austrocknen.“

Kapitel VI. In die Zukunft investieren

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1.325: „Wir stellen Innovationen und Digitalisierung in den Dienst des Öffentlichen. ‚Smart Cities‘ von links sind öffentlich, transparent, und für alle zugänglich. Wir sind für eine an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte Aufstockung des Personals im Öffentlichen Dienst fördern und durchsetzen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1360/1361: ~~„Den Kommunen soll erlaubt werden, über kommunale Unternehmen Kredite aufzunehmen, um die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten zu können.“~~

Begründung:

Kommunen bekommen als öffentliche Körperschaften zu niedrigeren Zinsen Kredite als Unternehmen. Zudem sollten öffentliche Unternehmen ihre Kreditlinien dafür nutzen, sich zu entwickeln und ihre Angebote für die BürgerInnen zu erbringen.

Vor allem aber stehen wir als LINKE für Klarheit und Wahrheit im Haushalt. Das vorgeschlagene Verfahren löst kein einziges Haushaltsproblem. Es führt aber zu intransparenten Schattenhaushalten und verschleiert die dramatische Haushaltslage vieler Kommunen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 1362-1365: „Grundlegende Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheitsversorgung, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie- und Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Fernverkehr, die Versorgung mit breitbandiger Telekommunikationsinfrastruktur ~~Zugang zum Internet~~ und Abfallentsorgung müssen in öffentlicher Hand organisiert sein.“

Begründung:

Der Zugang zum Internet wird landläufig vom sog. Internet Service Provider vermittelt. Eine Forderung nach ausschließlich in öffentlicher Hand befindlichen Providern weckt eher Assoziationen zu einem Staatsinternet. Das kann und darf eine LINKE nicht fordern. Im Bereich des Zugangs zum Internet sollte auf genossenschaftliche oder gemeindliche Angebote gesetzt werden, die Bereitstellung von Glasfaserbreitbandanschlüssen kann und muss durch die öffentliche Hand (mit)organisiert werden.

Kapitel VII. Die Mieten runter! Neustart für den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1482: „Die Mieten steigen, weil die Spekulation den Wohnungsmarkt erreicht hat und tatsächlich zu wenig Wohnraum zur Verfügung steht.“

Begründung:

Neben der Spekulation fehlt auch ausreichend Wohnraum um den Bedarf zu decken.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1523-1525: „Ein Moratorium für Mieterhöhungen: Bis zur Einführung der Mietpreisbremse werden Mieterhöhungen, die über die ortsübliche Vergleichsmiete hinausgehen, ausgeschlossen.“

Begründung:

Die ortsübliche Vergleichsmiete ist das, was allgemein als akzeptabel angesehen wird. Wohnwertverbesserungen, sagen wir im nächsten Anstrich selber, dürfen zu Mieterhöhungen führen. Wir würden dies konterkarieren durch ein absolutes Mieterhöhungsverbot.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1525: „... ausgeschlossen. Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand sollen Mieten im Bereich der sozialen Wohnraumversorgung nur noch in Höhe von bis zu 30 % des Nettofamilieneinkommens inklusive Nebenkosten verlangen können.“

Begründung:

Ergibt sich aus dem Programmentwurf in den Zeilen 1512 bis 1520, sowie aus der Überschrift des Kapitels VII Zeilen 1472 und 1473.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 1532/1533: „~~Wir brauchen ein öffentliches Register über alle Mietzahlungen.~~“

Begründung:

Welchen Vorteil soll ein solches Register bringen und wie ist der Datenschutz gewährleistet? Wie findet die Abgrenzung zwischen Gewerbe- und Wohnraummiete statt? Ist nachvollziehbar wie lange die Mietverträge schon gelten?

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1546: „Mietminderung darf bis zur Klärung ihrer Rechtmäßigkeit ~~ist~~ kein Kündigungsgrund sein, bei Unrechtmäßigkeit ist eine angemessene Frist zur Begleichung der Mietrückstände einzuräumen!“

Begründung:

Rein rechtlich ist eine Mietminderung schon heute kein Kündigungsgrund. Vielmehr ist es so, dass bei einem Mietrückstand auf Grund von Mietminderung im Regelfall eine Kündigung vor Gericht landet. War die Mietminderung rechtmäßig, besteht kein Mietrückstand und kann nicht gekündigt werden. Die ursprüngliche Formulierung wird dem Problem nicht gerecht. Eine Mietminderung ohne Rechtfertigungsgrund darf wegen Artikel 14 GG zu einer Kündigung führen. Hier wäre zu fordern, dass eine Räumung in die Obdachlosigkeit nicht zulässig ist.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1602: „Wir wollen Zwangsräumungen verhindern. Eine Räumung in die Obdachlosigkeit wollen wir gesetzlich ausschließen.“

Begründung:

Wegen Artikel 14 GG kann trotz Sozialbindung eine Räumung von Wohnraum beispielsweise bei Nichtzahlung der Miete nicht ausgeschlossen werden. Allerdings kann aus Art. 14 GG eine Verpflichtung abgeleitet werden, dass diese Räumung nicht zu Obdachlosigkeit führt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 1603-1604: „~~Geflüchtete dürfen nicht zum Sündenbock gemacht werden. Sie haben nur die Mängel der Wohnungspolitik sichtbar gemacht.~~“

Begründung:

Es ist nicht ersichtlich, warum wir dieses Vorurteil in unserem Wahlprogramm aufgreifen sollten. Was wir wollen steht in den nächsten beiden Sätzen. Wir wollen Geflüchtete nicht in Massenunterkünften unterbringen. Das reicht als Forderung aus.

Kapitel VIII. Gute Bildung. Für alle.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1657: „..., in dem Menschen individuell gefördert ~~und Nachteile ausgeglichen~~ werden.“

Begründung:

In einem "inklusiven Schulsystem", zu dem DIE LINKE sich hier bekennt, sind besondere Bedarfe keine Nachteile. Was hier als Nachteile bezeichnet wird, wird in einem inklusiven Schulsystem auch nicht "ausgeglichen" sondern akzeptierte. Individuelle Bedarfe stehen im Vordergrund, nicht deren Bewertung.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1658: „Gute Das Bildungssystem ist Teil der“

Begründung:

Nein nicht nur "Gute Bildung" ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gemeint ist wohl das Bildungssystem. Den Begriff Bildung hier zu verwenden erscheint im besten Fall dahergeredet. In jedem Fall ist es nicht aufklärerisch nicht genau zu benennen welches Subjekt Teil des von uns empfundenen öffentlichen Auftrags ist.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1684-1686: „Standards ~~und Abschlüsse~~ in der Bildung sollen bundesweit vergleichbar sein. Mit einem Bildungsrahmengesetz wollen wir Standards der Lehr- und Lernbedingungen (Personal und Ausstattung) festlegen. Dabei soll die Vergleichbarkeit der Ansprüche an Bildungsarbeit und nicht der Leistungsbemessung von Schülerinnen und Schülern im Vordergrund stehen.“

Begründung:

Die Standardisierung von Abschlüssen fordert auch die Union und meint damit eben nicht eine Vergleichbarkeit der Binnendifferenzierung im Unterricht im Sinne der schulischen Inklusion. Eine Partei, die sich klar zur Inklusion bekennt, sollte klar machen, dass Standards bei der Bildungsinfrastruktur, den Arbeitsbedingungen und den systemischen Ansprüchen gelten sollten. Nicht aber bei der Leistungsbemessung.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1700, neuer Spiegelstrich: „DIE LINKE will alle Kinder gleichberechtigt fördern. Deswegen wollen wir nicht nur einen Rechtsanspruch für Krippe und Kindergarten. Wir wollen den Anspruch auf einen Ganztagsplatz für alle Kinder und die Ausweitung des Anspruches auf den Hort bis zur vierten Klasse.“

Begründung:

Kinder nicht voll erwerbsfähiger Eltern, insbesondere von „Hartz IV Familien“ haben keinen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in der Kita. Das ist Diskriminierung auf Grund des elterlichen Einkommens und muss beendet werden.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1704/1705: „Wir wollen gebührenfreie Kitas (mit Elternbeitragsfreiheit) und kämpfen für die Abschaffung jeglicher Gebühren im öffentlichen Bildungssystem. Die Umstellung auf eine Kita-Versorgung ohne Kosten für die Eltern darf dabei nicht auf die Kosten der Qualität der Bildungsarbeit an den Einrichtungen geschehen.“

Begründung:

Ohne das klare Bekenntnis zur Qualität ist die Forderung nach Beitragsfreiheit bei gleichzeitig hohen Investitionsbedarfen in Personal und Infrastruktur Bildungspopulismus á la Sozialdemokratie.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1710: „... in der frühkindlichen Bildung auf Hochschulniveau anheben. Aber auch für Frauen und Männern ohne Hochschulzugangsberechtigung wollen wir attraktivere Berufsbilder in der Kindertagesbetreuung schaffen. Das beginnt mit einer Vergütung in der Ausbildung und der Abschaffung des Schulgeldes.“

Begründung:

Viele Menschen ohne Abitur sind hervorragend für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers geeignet. Ihnen sollte das Abitur nicht durch Zwang auferlegt werden. Im Übrigen dürfte es schwer werden, genug Fachkräfte mit dem höheren Bildungsabschluss zu finden.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1755: „Unterrichtsmaterial zurückgreifen zu müssen. DIE LINKE fordert hierzu ein Bundesprogramm zur Förderung freier, nicht-kommerzialisierter Lehr- und Lernmaterialien für den gesamten Bildungsbereich.“

Begründung:

Wir wollen mehr und bessere Materialien? Wir wollen das am besten kostenlos? Dann wollen wir OER.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1795 „... Umorientierung und befördert die gesellschaftliche Teilhabe. Mit den Volkshochschulen haben auch die Kreise und kreisfreien Städte ein Instrument an der Hand, das unabhängig vom Profitinteresse privater Bildungsanbieter, dafür geeignet ist. Besonders auch für das Nachholen von schulischen Abschlüssen. Dazu sollen die Volkshochschulen finanziell gestärkt werden, damit sie ihr Leistungsangebot ausbauen und kostenfrei anbieten können. Besonderes Augenmerk richten Volkshochschulen darauf, dass Angebote zur sprachlichen Förderung von Zugewanderten erbracht werden. Monatelange Wartezeiten auf einen freien Platz sind inakzeptabel.

Begründung:

Bildung geht über die berufliche Weiterbildung hinaus. Die Orte, die Erwachsenenbildung und Weiterbildung als staatliche Bildungseinrichtungen schon Jahrzehnte lang machen, sind die Volkshochschulen. Ihre Arbeit muss durch öffentliche Mittel abgesichert werden. Zeile 1809 sagt was zur VHS, behandelt aber nur die Beschäftigungsbedingungen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1813: „~~Seit mehr als 15 Jahren werden die Hochschulen nach neoliberalen Vorgaben umgebaut. Die öffentlichen Finanzierungssysteme für die wissenschaftliche Bildung zwingt die Universitäten und Hochschulen in eine Klammer der Wirtschaftlichkeit und der Leistungsbemessung.~~“

Begründung:

Man kann die Kirche auch mal da stehen lassen wo sie immer stand. Die Finanzierung der universitären Bildung ist nicht neoliberal und die Prekarisierung der Einrichtungen durch immer heftigere Einschnitte in der Zuweisung leistungsunabhängiger Mittel nimmt auch nicht erst seit 15 Jahren ihren Lauf. Der neue Satz passt auch besser zum Nachfolgenden. Außerdem sollte man hier wenigstens ein zweites Mal im Kapitel die Universitäten erwähnen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1828: „Der Zugang Wechsel vom Bachelor zum nachfolgenden Masterstudiengang muss zulassungsfrei sein.“

Begründung:

Der Eintritt in einen Masterstudiengang kann nicht für alle Menschen zulassungsfrei sein. Gemeint und problematisch sind Zulassungsverfahren beim Eintritt in konsekutive Masterstudiengänge. An dieser Stelle wird die Universitäts- und Hochschulbildung vom Ziel zur Befähigung zur eigenständigen Forschungs- und Entwicklung weggerückt. Die Einrichtungen werden mehr und mehr als Ausbildungsbetriebe auf hohem Niveau wahrgenommen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1830: „~~In Sachsen und Baden-Württemberg wurden Studiengebühren teilweise wieder eingeführt.~~ Im CDU/SPD regierten Sachsen und unter der Führung des grünen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann, wurden Studiengebühren teilweise wieder eingeführt. Ihre Studierenden- und Hochschulpolitik befördert Ausgrenzung statt Integration.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1848/1849: „~~Stattdessen wollen wir Beiräte schaffen, die aus der Zivilgesellschaft besetzt werden.~~“

Begründung:

Wer keine Aufsichtsräte will, sollte auch keine Beiräte wollen. Eine Begleitung der Lehre und Forschung durch die so genannte Zivilgesellschaft ist wünschenswert. Eine Verankerung innerhalb der akademischen Selbstverwaltung widerspricht der Autonomie der Wissenschaft und öffnet allen möglichen Begehrlichkeiten Tür und Tor - nicht nur denen der Friedens- und Abrüstungsbewegung.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1866-1868: "Die ~~Mittelvergabe in Forschung und~~ Lehre soll durch eine Grundfinanzierung ~~ersetzt~~ gesichert werden, die sich an der Zahl der tatsächlichen Studienanfänger und an den Kosten des Studienplatzes bemisst."

Begründung:

Wenn man Lehre und Forschung durch einen festen Grundbetrag finanziert, der sich einzig nach den Studienplätzen bemisst, finanziert man genau keine Forschung mehr. Die Folge wäre wissenschaftliches Personal, das seine Forschung in der Freizeit und womöglich in Räumen außerhalb der Uni tätigen müsste. Die Lehre mit einem solchen Grundbetrag auszufinanzieren ist hingegen sinnvoll.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 1848/1849: "Wir wollen, dass jedes Kind am Unterricht mit digitalen Mitteln teilnehmen kann. Deshalb brauchen Schulen kostenlose Leihgeräte für alle, die sich selbst kein ein mobiles Endgerät als Teil der Bildungsausstattung leisten können bekommt."

Begründung:

Die Vorstellung jedem Kind ein Smartphone oder Tablet zu schenken ist weltfremd, unfinanzierbar und unsinnig. Viele Kinder haben längst eines, mit dem sie auch viel besser im Unterricht umgehen könnten (wenn es WLAN gäbe). Mobile Endgeräte wechseln nicht nur ständig die Farbe und Größe, sie werden im Laufe einer Schullaufbahn auch schneller alt als das Kind schlau. Müssen dann für die neuste Webtechnologie auch alle neue Endgeräte bekommen, die die meisten sich eh leisten können? Alle Kinder, die ein cooles Smartphone brauchen, sollen eines bekommen. Das lässt sich über BuT regeln.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 1929-1931: „Der Zugang zu ~~digitalen Technologien und~~ zum Internet muss unabhängig von Einkommen und sozialem Hintergrund ermöglicht werden.“

Begründung:

Über die Preisgestaltung der Anbieter digitaler Technologien wird DIE LINKE nicht entscheiden können. Auch nicht, wenn sie bei der nächsten Wahl mehr als 50% erreicht.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 1936-1937: „~~Digitale Medien dürfen nicht zum Einfallstor für Privatisierung der Bildung durch private kommerzielle Anbieter, Unternehmen oder Verlage werden.~~“

Begründung:

Bei allen möglichen anderen Angeboten für Schulen schreiben wir das auch nicht. Entweder wir schreiben das generell oder wir lassen es einfach weg.

Kapitel IX. Kultur für alle von allen.

Kapitel X. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 2115/2116: ~~„Wir wollen den Genossenschaftsgedanken als solidarisches Wirtschaftsmodell stärken.“~~ Daher fordern wir ein Investitionsprogramm für eine nachhaltige Landwirtschaft. Wir wollen den Genossenschaftsgedanken als solidarisches Wirtschaftsmodell stärken.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 2145: ~~„... das Gegenteil ist der Fall.“~~ Im Gegenteil, das Niedriglohngebiet Ost hat massiv für eine Lohnspirale nach unten auch in den alten Bundesländern gesorgt. Dies ist von allen Bundesregierungen seit 1990 bewusst betrieben bzw. wissentlich in Kauf genommen worden und stellte eines der ersten Versuchslabore für europäische Austeritätspolitik dar.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Kapitel XI. Integration heißt soziale Offensive und gleiche Rechte für alle: Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 2183-2184: „Mit Stimmungsmache gegen ~~Muslimen~~ Menschen nichtdeutscher Herkunft simuliert sie Handlungsfähigkeit.“

Begründung:

Die Reduktion der Stimmungsmache gegen Muslime wird dem tatsächlichen Ausmaß der Stimmungsmache gegen Menschen nichtdeutscher Herkunft nicht gerecht.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 2185: „~~In der Parallelgesellschaft der Reichen und Steuerflüchtlinge ist das egal. Auf eine öffentliche Infrastruktur und soziale Rechte ist man hier nicht angewiesen.~~“

Begründung:

Der erste Satz ist inhaltlich diffus und der zweite unzutreffend. Auch das Kapital und die Reichen sind auf eine öffentliche Infrastruktur angewiesen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 2191: „... in unserer Gesellschaft vorhanden ist, zeigen die Vielen, die in der Flüchtlingssolidarität aktiv sind. DIE LINKE steht für offene Grenzen für alle Menschen in einem solidarischen Europa, dass sich nicht abschottet.“

Begründung:

Erfolg mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 2208-2231 streichen

Begründung:

*In diesen Zeilen werden auf einzelnen Gebiete explizite Vorschläge für die Integration von Geflüchteten und Migranten*innen gemacht. Unserem integrativen Anspruch entsprechend, nach der Geflüchtete und Migranten*innen keine Sondergruppe sondern integraler Bestandteil der Gesellschaft sind, sollten diese Forderungen in den jeweiligen Fachabschnitten aufgeführt werden.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 2218-2219: „~~Leerstehende Wohnungen sollen obligatorisch vermietet werden.~~“

Begründung:

In den Zeilen 1603 ff. steht bereits etwas zu Wohnen und Geflüchteten. In der Zeilen 1569ff. wird im von einer obligatorischen Zwischennutzung gesprochen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 2249: „Antirassistische Fan-Initiativen sollen mehr finanzielle Unterstützung erhalten. Trainer*innen und Betreuer*innen, ehrenamtliche Verantwortliche in Vereinen und Fanprojekten die Integrationsarbeit leisten, müssen stärker als bisher darin unterstützt werden.“

Kapitel XII Für einen linken Feminismus – sozial gerecht, sexuell selbstbestimmt und aktiv gegen Gewalt

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 2267: „Das führt dazu, dass vor allem Frauen und insbesondere Alleinerziehende von Altersarmut betroffen sind.“

Begründung:

Gerade Alleinerziehende sind in unserem sozialen System besonders gefährdet.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 2287: „Geschlechtergerechtigkeit heißt Emanzipation für die ganze Gesellschaft- ein gemeinsames Ziel – statt individuellem Durchschlagen gegen männliche Dominanz ~~Männerdominanz~~ und Konkurrenz.“

Begründung:

Verständlicher.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 2446: „~~Das Gewaltschutzgesetz muss einheitlich werden.~~“

Begründung:

Das Gewaltschutzgesetz ist ein Bundesgesetz. Wie ein Bundesgesetz einheitlich werden soll ist nicht nachvollziehbar.

Kapitel XIII. Menschen vor Profite – für eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft der Zukunft

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 2624-2627: „DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der Daseinsvorsorge, Banken und Versicherungen, Energiekonzerne, Unternehmen der Pharma- und medizinischen Industrie ~~und der Telekommunikation~~ in die öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen.“

Begründung:

Der Begriff Unternehmen der Telekommunikation ist nicht präzise. Zu Unternehmen der Telekommunikation zählen die Betreiber von Telekommunikationsnetzen (Carrier) ebenso, wie die Anbieter von Dienstleistungen (Service Provider) und die Hersteller von Telekommunikationslösungen. Es ist wohl eher nicht beabsichtigt, diese alle in öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand zu überführen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 2729: „~~Ohne eine gerechte Besteuerung der Superreichen fehlen die Mittel für Investitionen in eine ökologische Mobilitätswende, den Umbau der Infrastruktur, unserer Städte und der Landwirtschaft.~~“

Begründung:

Eine „Reichensteuer“ wollen wir, weil das Teil einer gerechten Besteuerung ist. Die ökologische Wende ist aber bereits heute aus öffentlichen Mitteln finanzierbar und nicht von einer Reichensteuer abhängig. Dies wird aber fälschlich zum Ausdruck gebracht.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3071/3072: „... Agrarpolitik ist eine gemeinwohlorientierte Landwirtschaft, die auch auf Ernährungssouveränität ausgerichtet ist und einen angemessenen Beitrag zu einer nachhaltigen Versorgung mit erneuerbaren Energien leistet.“

Begründung:

Das Konzept der Ernährungssouveränität ist entwickelt worden, um die Landwirtschaft in Ländern der sogenannten 3. Welt so umzugestalten, dass die jeweilige Bevölkerung in die Lage versetzt wird, den Nahrungsmittelbedarf aus eigener Produktion aufzubringen und nicht mehr auf Nahrungsmittelimporte angewiesen ist und so auch der Hunger in diesen Ländern bekämpft werden kann. Diese Probleme bestehen in Deutschland beim besten Willen nicht, im Gegenteil. Darüber hinaus ist der Begriff der Ernährungssouveränität in Verbindung mit der Überbetonung der bäuerlichen Landwirtschaft im Wahlprogramm entworfen worden, um an die Ideen der völkischen Siedlerbewegung anzuknüpfen. Dies kann nicht in unserem Interesse sein.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3088/3089: „Wir wollen den Anbau und den Handel mit gentechnisch veränderten Pflanzen ~~sowie das Klonen von Tieren~~ verbieten.“

Begründung

In Deutschland ist das Klonen bereits verboten.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3092: Text alt: „~~Die industrielle Nutztierhaltung mit quälenden Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika (Massentierhaltung) wollen wir verbieten. Nutztierhaltung mit quälenden Produktionsweisen wollen wir verbieten.~~“

Begründung

Massentierhaltung ist ein unklarer Begriff, der für eine sachliche Auseinandersetzung mit der Thematik der Produktionsbedingungen in der Nutztierhaltung wenig taugt. Vielmehr sollte an dieser Stelle auf das Tierwohl abgestellt werden, das sich eben nicht nur an Faktoren wie Betriebsgröße und Antibiotikaeinsatz festmachen lässt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3094: „Der Einsatz von Antibiotika und Wachstumsmitteln in der Tierzucht können ~~führen~~ zu gesundheitlichen Risiken führen und belasten die Umwelt.“

Begründung

Es besteht keine Zwangsläufigkeit, dass der Einsatz von Antibiotika zu gesundheitlichen Risiken führt. Bei einem sachgemäßen Einsatz von Antibiotika in der Tierzucht muss dies nicht der Fall sein. Vielmehr kann aber auch durch eine Nichtanwendung von Antibiotika ein Risiko sowohl für Tiere als auch Menschen bestehen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3095-3097: „Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft muss auf die, für die Tiergesundheit notwendigen Fälle begrenzt werden, sehr wenige Ausnahmen begrenzt werden, Kontrollen müssen verschärft und Verstöße härter bestraft werden.“

Begründung

Der Antibiotikaeinsatz sollte sich daran orientieren, was für die Gesundheit des Tieres das Entscheidende ist.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3098-3101: „~~Ab der kommenden Förderperiode nach 2020 darf es nur noch Geld für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen geben. Die pauschale Flächenprämie wollen wir bis zum Ende der nächsten Förderperiode abschaffen.~~“ DIE LINKE setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein.“

Begründung

Für viele Betriebe ist die Flächenprämie ein bedeutender Teil ihres Einkommens. Diese Betriebe wären in ihrer Existenz bedroht, wenn es die Flächenprämie nicht mehr gäbe.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3102-3103: „Wir wollen bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel für alle, gerechte Übergänge und nachhaltige Zukunftsperspektiven für die ~~bäuerliche~~ Landwirtschaft.“

Begründung

Eine Überbetonung der bäuerlichen Landwirtschaft, so wie es auch viele CDU-geführte Landesregierungen handhaben, sollte nicht im Interesse der LINKEN sein. Vielmehr sollte es uns darum gehen, der Landwirtschaft insgesamt eine Zukunftsperspektive aufzuzeigen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3103: „Wir fördern alle Betriebsformen in der Landwirtschaft, mit Ausnahme von Agrarkonzernen ~~bäuerliche, genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft~~ statt ~~Agrarkonzerne.~~“

Begründung

Wir sollten deutlich machen, dass es uns darum geht, dass wir Agrarkonzerne ablehnen und die jeweils regional gewachsenen Betriebsformen und -strukturen unterstützen wollen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3107: „... der Schul- und Kitaverpflegung müssen stärker unterstützt werden. Die LINKE. will landwirtschaftliche Betriebe auch in Metropolen erhalten. Dies leistet auch einen Beitrag für kurze Wege in der Versorgung mit Nahrungsmitteln.“

Kapitel XIV. Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt

Antragsteller*in: Halina Wawzyniak, Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3241/3242: „Wir kämpfen für konsequente Abrüstung und wollen den Export und die Produktion von Waffen und ~~Rüstungs~~ Gütern zu militärischen Zwecken verbieten.“

Begründung:

Für eine Partei des Friedens ist es inkonsequent nur den Export von Waffen und Rüstungsgütern zu verbieten. Konsequenter ist die Produktion zu verbieten. Im Übrigen wird das in den Zeilen 3350ff. auch so ausgeführt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3243: „... weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union machen diese Forderungen ...“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3251: „... gegen den Terror. Auch Russland beteiligt sich an diesen Kriegen. Diese Kriege sind gescheitert. Sie haben vielen Menschen das Leben gekostet.“

Begründung:

Schon die Sowjetunion hat in Afghanistan Krieg gegen die Taliban und andere geführt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3253: „Der Terror wurde nicht besiegt, ~~sondern nach Europa geholt.~~“

Begründung:

Sehr verkürzte Sichtweise. Zum Beispiel die Terroranschläge in Belgien und Frankreich wurden nicht durch importierte Terroristen, sondern durch belgische oder französische Staatsbürger begangen. Die Ursachen islamistischen Terrors liegen nicht nur in westlichen Militäreinsätzen und werden auch nicht durch den Rückzug von Truppen ein Ende finden.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3253: „... besiegt, sondern in viele weitere Länder auf dem gesamten Globus, auch nach Europa geholt.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3255: „Er hat die bekämpften Gruppen wie Taliban und Al Kaida kaum geschwächt oder ihren Terror gegen die Zivilbevölkerung wirksam unterbunden, sondern andere Gruppen wie den Islamischen Staat überhaupt erst stark gemacht.“

Begründung:

Es ist ja wohl nicht nur der Krieg gegen den Terror, der die Gesellschaften zerstört, sondern auch der Terror der Terroristen, der die Gesellschaften zerstört.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 3268-3270: „Ein Blick nach Syrien, Irak, Afghanistan aber auch Russland oder China oder auf die zahlreichen Kriege und Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent zeigen: Es ist schlecht bestellt um diese Menschenrechte.“

Begründung:

Es geht um die Menschenrechte auf Schutz vor Tod, Folter, Verfolgung und Diskriminierung. Die Aufzählung, die derzeit im Wahlprogramm enthalten ist, müsste sich den Vorwurf der Einseitigkeit gefallen lassen, wird sie nicht ergänzt. Schließlich gibt es auch in Russland und China Verfolgung und Diskriminierung.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3283: „Krieg und die Androhung militärischer Gewalt können keine Mittel einer friedensstiftenden Politik sein. Deshalb verurteilen wir auch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und den Krieg in der Ostukraine.“

Begründung:

Der Einschub ist eine notwendige Vervollständigung zum Text in den Zeilen 3241 bis 3281.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3306: „... neue Auslandskampfeinsätze entsandt werden“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Nach Zeile 3388: „Wir setzen uns für eine weltweite Ächtung von vollautomatischen Kampfsystemen ein.“

Begründung:

Die Fokussierung auf das Drohnenverbot greift zu kurz. Die Digitalisierung bringt es mit sich, dass auch andere Arten von Kampf- oder Militärrobotern entwickelt werden. Es gibt mittlerweile unbemannte Bodenfahrzeuge, unbemannte Unterwasserfahrzeuge und einzelne zweibeinige Kampfroboter. Auf der Ebene der UN muss eine völkerrechtliche Ächtung von vollautomatischen Kampfsystemen erreicht werden, da diese andernfalls die Kriegsführung der Zukunft darstellen werden.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3390: „Über 65 Millionen Menschen sind entwurzelt und auf der Flucht vor Staatschaos, Kriegen und Verfolgung. Die meisten kommen nicht nach Europa, sondern suchen Zuflucht bei den Nachbarn ihrer Heimatländer. Die internationale Flüchtlingshilfe ist völlig unterfinanziert. Es ist das humanistische Gebot der Bundesregierung und der EU, die finanziellen Mittel für die Flüchtlingshilfe, hier vor allem für das UNHCR erheblich anzuheben. Die Schaffung großer Flüchtlingslager und die Unterbringung Geflüchteter über viele Jahre hinweg in diesen Lagern, ohne Zukunftsperspektiven schafft Probleme und löst keine. Deshalb müssen Bundesregierung und EU ihre Flüchtlingspolitik darauf ausrichten, den Geflüchteten die Möglichkeiten zur Arbeit und Integration in den Zufluchtsländern zu eröffnen.“

Begründung:

Die meisten Geflüchteten kommen nicht nach Europa. Wir müssen unbedingt den politischen Fokus darauf lenken, dass die bisherige internationale Flüchtlingspolitik (große Flüchtlingslager, schlechte Lebensverhältnisse, über 10 oder 20 Jahre ein Dasein im Lager, keine Arbeitserlaubnis) unwürdig und kontraproduktiv ist.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3489: „... muss mehr entscheiden können. Die Zusammensetzung und die Kompetenzen des UN-Sicherheitsrates gehören auf den Prüfstand und müssen demokratisiert werden.“

Begründung:

Wir fordern in Zeile 3488 eine Demokratisierung der Vereinten Nationen. Bei den weiteren, nicht sonderlich detaillierten, Vorstellungen gibt es keine Aussage zum UN-Sicherheitsrat. Dieser ist aber ein wesentlicher Bestandteil der Vereinten Nationen. Sowohl seine Zusammensetzung als auch seine Kompetenzen müssen im Rahmen einer Demokratisierung einbezogen werden.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3525: „Wir wollen den Umbau der Bundeswehr zu einer ~~Einsatz~~Interventionsarmee stoppen. Die Bundeswehr ist eine reine Verteidigungsarmee, so wie es im Grundgesetz festgeschrieben ist. Alle offensivfähigen Waffensysteme müssen abgerüstet werden.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Kapitel XV. Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3542 (Titel) ändern in: Für ein demokratisches und soziales Europa - gegen Neoliberalismus und Nationalismus

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3543 – 3597 ersetzen in:

Die europäische Integration fußt für uns als LINKE auf den Ideen von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität. Sie ist für uns eine Antwort auf Jahrhunderte von Kriegen in Europa, insbesondere dem verbrecherischen Zweiten Weltkrieg und der zugrunde liegenden nationalsozialistischen Ideologie. Eine Verbesserung demokratischer und sozialer Standards wird es im 21. Jahrhundert in Europa nur auf der Grundlage des solidarischen Miteinanders geben. Diese feste Überzeugung teilen wir mit vielen Menschen, die sich für die europäische Integration engagieren.

Andererseits befindet sich der Prozess der europäischen Integration in einer tiefen Krise. Die neoliberale Politik vieler europäischer Regierungen manifestiert sich auch auf der Ebene der EU. Die Gefahren sind für uns klar erkennbar. Statt europäischer Werte, wie die soziale Sicherung, die Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Achtung der Menschenwürde, zur Grundlage einer gemeinsamen Politik droht die EU auf eine Freihandelszone mit militärischer Koordinierung und gemeinsamer Abwehr von Flüchtlingen reduziert zu werden.

Die Akzeptanz der Politik des neoliberalen Standortwettbewerbes der meisten Mitgliedsstaaten in der EU führt zu rasant wachsender Ungleichheit. Für die Interessen von Konzernen und Kapitalanlegern ist man bereit, Armut und Massenarbeitslosigkeit wie in Griechenland in Kauf zu nehmen. Die Forcierung sog. Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA durch europäische Institutionen untergraben zusätzlich die Kontrolle des Marktes durch demokratische Institutionen.

Dies führt zum Vertrauensverlust vieler, die in der EU leben. Der Brexit hat dokumentiert, dass mit dieser Entwicklung die EU gänzlich scheitern kann.

Andererseits ist die EU nach wie vor die Institution, in der Konflikte der Mitgliedsländer ohne den Einsatz militärischer Gewalt gelöst werden. Der übergroße Teil des EU-Haushaltes wird für eine Kohäsionspolitik verwendet, die den ärmeren Regionen der EU Entwicklung ermöglicht. Deshalb kämpft die LINKE für einen demokratischen und sozialen Neustart der EU. Ein Scheitern der EU würde dem Nationalismus und Rassismus in Europa massiven Auftrieb geben. Militärische Konflikte würden drohen, die wirtschaftliche und soziale Schere innerhalb Europas noch weiter auseinander gehen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3543: „Die großartige Idee der Europäische Union ist in ihrer realen Verfasstheit in einer grundlegenden Krise.“

Begründung:

Wir sollten gleich am Anfang des Kapitels deutlich machen, dass wir die Idee der Europäischen Union nicht in Frage stellen, sondern begrüßen. Nicht die Europäische Union an sich ist in der Krise, sondern ihre reale derzeitige Ausgestaltung.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3546: „... ganzen EU sind es fast ein Viertel, in Italien, ~~in Portugal~~, Spanien, Griechenland 40 bis 60 Prozent der ...“.

Begründung:

Seitdem das Land nicht mehr unter dem sog. Europäischen Rettungsschirm ist und die Mitte-Linksregierung die Geschäfte übernommen hat, konnte die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen unter 25 Prozent gedrückt werden.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 3553/3554: „Die EU in ihrer derzeitigen Verfasstheit und das Projekt der europäischen Integration in der derzeitigen Ausgestaltung verlieren bei den Menschen an Vertrauen.“

Begründung:

Wir sollten uns hüten, der EU und der europäischen Integration das Vertrauen abzusprechen. Es geht gerade nicht um eine abstrakte Absage an EU und europäische Integration, es geht um eine Kritik an der existierenden Ausgestaltung.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3558/3560: „... offenbar geworden, dass die Gefahr eines Auseinanderbrechens der EU ganz real ist. ~~Es ist diese unsoziale und undemokratische EU, die autoritären Kräften, Rassismus und Nationalismus Auftrieb gibt.~~ Die Politik der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, die undemokratische und unsoziale Konstruktion der EU selbst, machen es autoritären, rassistischen, chauvinistischen und rechtsextremen Kräften überall leicht, ein gemeinsames europäisches, soziales und demokratisches Projekt zu desavouieren und ihre eigenen Zustimmungswerte zu steigern.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 3561-3563: ~~„Wer den Rechtsruck in Europa stoppen will, muss sich für einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland einsetzen.“~~

Begründung:

Wie schwierig und kritikwürdig die Rolle der Deutschen Regierung innerhalb der EU ist, wird in den nachfolgenden Zeilen detailliert ausgeführt. Es ist aber eine Überhöhung der Rolle Deutschlands, wenn nur durch einen Politikwechsel in Deutschland der Rechtsruck in Europagestoppt werden kann. Diese deutschzentrierte Sicht sollte sich unser Wahlprogramm nicht leisten.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3573 – 3575: „~~Das bestehende Euro-Währungssystem mit dem vertraglich und in Verordnungen verankerten Druck zu Kürzungspolitik und einer demokratisch nicht kontrollierten Europäischen Zentralbank ist mit einer sozialen und demokratischen Entwicklung in Europa unvereinbar.~~“

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3581 -3582: „Die Auflösung des Euro ~~ist~~ dagegen ein Szenario, auf das man sich wohl oder übel vorbereiten muss, aber ist keine Lösung.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3598 (Titel) ersetzen durch: „Solidarität mit den Staaten Südeuropas: Die Austeritätspolitik beenden“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3599: „Wir wollen die Kürzungsdiktate in Europa beenden. Die Verantwortung für die Austeritätspolitik trägt Deutschland. Geprägt wurde sie durch die Politik der jetzigen Bundesregierung, insbesondere des Finanzministers Schäuble. Es müssen sofort wirksame Schritte gegen ...“

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3608 neuer Spiegelstrich: „

- Die LINKE hat schon bei der Einführung des Euros auf die grundlegenden Fehler der Gemeinschaftswährung hingewiesen. Heute zeigt sich, welche Folgen es hat, dass die notwendigen wirtschaftspolitischen und sozialen Anforderungen an diese gemeinsame Währung ignoriert wurden. Der Euro stößt inzwischen sogar als Motor der deutschen Exportwirtschaft massiv an seine Grenzen. Der deutsche Exportüberschuss innerhalb Europas führt zur Verschuldung anderer Länder in der EU mit und ohne Euro. Die Bereitstellung von billigem Geld durch die EZB gegen den Willen des deutschen Finanzministers mildern die härtesten Folgen für die Länder mit hoher Verschuldung zwar ab. Gleichzeitig verschärft aber die Politik der TROIKA von Merkel und Co durch ihre Austeritätspolitik die Krise in der EU. Diese Politik muss auch im Interesse der europäischen Gemeinschaftswährung beendet werden. Andererseits besteht die Gefahr, dass der Euro mit unabsehbaren Folgen zerbricht. Leidtragende wären vor allem die Länder, deren nationale Folgewährungen einem massiven Abwertungsdruck unterliegen und den Schuldendienst sowie Importe von Energie und Lebensmitteln explosionsartig verteuern würden.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 3660-3664: ~~„Statt einer im Kern undemokratischen EU wollen wir wir wollen die Institutionen der EU grundlegend demokratisieren und einen Neustart für die Demokratie in Europa. Wir wollen die Rechte der des Europäischen Parlamentse stärken. Unter den gegebenen Bedingungen dürfen keine weiteren Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert werden. Entscheidungen sollen auf den Ebenen getroffen werden, die am stärksten davon betroffen sind:“~~

Begründung:

Ob etwas demokratisch ist oder nicht, liegt immer im Auge des Betrachters. Wir sollten den Abschnitt positiv formulieren und uns nicht in Schlachten begeben, warum und weshalb möglicherweise etwas undemokratisch ist. Statt auf eine Stärkung der nationalen Parlamente zu setzen, sollten wir uns für eine Stärkung des Europäischen Parlaments stark machen. Dies umso mehr, als mit dem EUZBBG und hier insbesondere mit dem § 8 EUZBBG ein Instrument für den Bundestag existiert, erheblich auf die Politik der Europäischen Union Einfluss zu nehmen. Der Satz mit der Kompetenzverlagerung ist zu streichen. Schon jetzt bestehen ausreichende Möglichkeiten auf nationalstaatlicher Ebene auf die Entwicklungen in der Europäischen Union Einfluss zu nehmen. Die hier angedeutete Renationalisierungsidee würde in Zeiten von Digitalisierung, Klimawandel und Globalisierung eher den Konzern- und Unternehmensinteressen dienen, denn den Menschen. Ein europäischer Flickenteppich zum Beispiel im Urheberrecht, im Datenschutzrecht oder im Patentrecht würde stets zu Lasten der Menschen gehen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3660 – 3667 streichen und ersetzen:

„Wir wollen die Rechte der Parlamente stärken. Entscheidungen sollen auf den Ebenen getroffen werden, die am stärksten davon betroffen sind: Kommunale Angelegenheiten in den Kommunen und regionale Angelegenheiten in den dafür zuständigen Parlamenten. Grundlegende Entscheidungen in der EU müssen vom Europaparlament getroffen und von den regionalen Parlamenten kontrolliert werden.

Wir wollen die Institutionen der EU grundlegend demokratisieren und einen Neustart für die Demokratie in Europa. Dabei muss der Grundsatz der Subsidiarität gelten, der sicherstellen soll, dass politische Entscheidungen in der EU so bürgernah wie möglich getroffen werden.

Die Mitgliedsstaaten der EU sollen, aufgrund europäischer gemeinsamen Rahmenbedingungen auch auf lokaler/regionaler Ebene soweit wie möglich selbst Schwerpunkte setzen und eigenverantwortlich handeln können. Europa muss die solidarischen Regionen im Fokus haben. Die geschaffene Konkurrenz der EU-Mitgliedsstaaten – und damit letztlich die der Menschen – muss beendet werden.

Es muss diskutiert werden, auf welcher Ebene am besten welche Kompetenzen angesiedelt werden. Europa muss wieder näher zu den Menschen gebracht werden, ihnen in für sie überschaubaren Rahmen mehr Entscheidungen zu konkreten Umsetzungen zugetraut werden.

Auf europäischer Ebene müssen Rahmenbedingungen verhandelt und für alle Politikbereiche gemeinsam verabredet werden. Nur wenn für alle die gleichen Regeln in Europa gelten, kann dem Konkurrenz Europa der Kampf wirksam und effektiv angesagt werden. Die EU muss die Wahrung dieser Kompetenzen sicherstellen und die Parlamente der Regionen immer im Blick haben.

DIE LINKE engagiert sich auf europäischer Ebene für mehr Beteiligung und transparente Prozesse. Oft sind nationale Parlamente und auch das Europaparlament nur wenig in europäische Entscheidungen miteinbezogen, da die nationalen Regierungen allein im Rat Entscheidungen treffen. Dies wollen wir ändern und das Europaparlament zum zentralen Ort der europäischen Entscheidungen machen indem es eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann. Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das EP gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe entscheiden können. Eine Mehrheit der Abgeordneten soll die Kommission und ihren Präsidenten wählen und abwählen können.

Die Hürden für Europäische Bürgerinitiativen müssen gesenkt werden. Alle Unionsbürger*innen sollen in den EU-Staaten in denen sie leben, volle bürgerliche Rechte genießen können. Die Idee einer europäischen Staatsbürger*innenschaft wird von DIE LINKE unterstützt.

DIE LINKE fordert mehr Transparenz durch die Schaffung eines verpflichtenden und verbindlichen Lobbyregisters. Lobbyisten, die Einfluss auf Politik nehmen sollen registriert werden.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

~~Zeile 3662/3663: „Unter den gegebenen Bedingungen dürfen keine weiteren Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert werden.“~~

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

~~Zeile 3673/3674: „Wir lehnen die Entmachtung der Parlamente und Eingriffe in die Tarifautonomie durch eine Euro-Wirtschaftsregierung ab. Wir wollen die Europäische Union zu einer Transferunion weiterentwickeln.“~~

Begründung:

Es gibt diese postulierte Entmachtung der Parlamente nicht. Im Gegenteil. Über das EUZBBG, insbesondere über § 8 EUZBBG, gibt es gerade für den Deutschen Bundestag erhebliche Mitspracherechte bei der europäischen Gesetzgebung. Die Idee der Europäischen Union als Europäischer Bundesstaat müsste, analog der Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland, auch eine Transferunion enthalten. So wäre es möglich einen weiteren Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in der Europäischen Union zu leisten.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3697 – 3704 streichen und ersetzen durch:

„EU-Programme wie der Kohäsionsfonds, der Sozialfonds, der Fonds für ländliche Entwicklung, der Fischereifonds und der Fonds für Regionale Entwicklung haben in den Mitgliedsstaaten, ihren Regionen und Kommunen den Ausbau von technischer und sozialer Infrastruktur befördert. Doch trotz dieser wichtigen Beiträge waren sie unzureichend, um die ungleiche Entwicklung der Wirtschaft zu korrigieren und über Grenzen hinweg vergleichbare Lebensbedingungen zu schaffen. Daher müssten die Fonds deutlich gestärkt werden, anstatt von Kürzungen bedroht oder zur Durchsetzung neoliberaler politischer Vorgaben

missbraucht zu werden. Das von uns geforderte Europäische Investitionsprogramm soll diese Fonds nicht ersetzen, sondern ergänzen: als Bestandteil für einen sozialen Neustart der EU.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3748/3749: „Wir streiten für legale und sichere Fluchtwege nach Europa. Zur Beseitigung der Fluchtursachen wird ein gemeinsames Agieren der EU-Mitgliedsstaaten benötigt. Deshalb ist eine europäische Außen- und Entwicklungspolitik, hin zu mehr Kooperation auf Augenhöhe, nötig. Nur die EU und kein Nationalstaat im Alleingang kann die entwicklungspolitischen Aufgaben gemeinsam mit dem Kontinent Afrika lösen. Die EU muss ihre Nachbarschaftspolitik aktiv gestalten. Die Erweiterungspolitik der EU hat Frieden und Stabilität in Europa gebracht. Deshalb müssen die Länder des westlichen Balkans besser in die Nachbarschaftspolitik einbezogen werden. Ansonsten drohen diese Länder sich hin zu autoritären Regimen in der Nachbarschaft der EU hin zu entwickeln. Dies würde Leben retten und das Geschäft der Schlepper unterbinden.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Kapitel XVI. Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

~~Zeilen 3767-3776: „Soziale Ungleichheit nährt die Zweifel an der Demokratie. Das Vertrauen in die Demokratie schwindet. Viele bezweifeln, dass sich durch Wahlen etwas ändert. Auf der einen Seite werden ~~Wenn~~ Kürzungspolitik und Schuldenbremse als alternativlos dargestellt werden, auf der anderen Seite entsteht der Eindruck einer gewissen Selbstbedienungsmentalität der Parteien und des Entrücktseins von den Problemen der Einwohner*innen. So sinkt das Vertrauen in Demokratie: Was gibt es noch zu entscheiden? Wenn sich soziale Ungleichheit in politische Ungleichheit übersetzt, wird der Riss in der Demokratie tiefer. Ohnmacht, Verdruss, Unzufriedenheit und Ängste vor sozialem Abstieg auf der einen Seite und der Eindruck auf viele drängende gesellschaftliche Probleme keine Antwort zu haben, befördern diese Tendenzen. Die Gefahren, die daraus erwachsen, sehen wir in den Erfolgen rechter Parteien in Europa und den USA. Der Zulauf der Rechtspopulisten hängt eng mit der Krise der Demokratie zusammen – in Europa und in Deutschland. »Wir werden Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.« (Angela Merkel) Das ist das Demokratieverständnis der Die Bundeskanzlerin. Sie will eine marktkonforme Demokratie.“~~

Begründung:

Soziale Ungleichheit ist ein Grund für Zweifel an der Demokratie. Es ist aber nicht der einzige Grund. Das suggeriert aber der gesamte Absatz. Mit dem Änderungsantrag wird versucht, das Problem der Unzufriedenheit mit der Demokratie umfassender zu beschreiben.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

~~Zeilen 3836/3837: „Aus der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrundes« und dem skandalösen Verhalten der Sicherheitsbehörden sind bisher keine Lehren gezogen worden.“~~

Begründung:

Diese Aussage ist leider fachlich falsch. Mit dem Gesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages (Drucksache 18/3007) wurden sehr wohl Lehren gezogen. Ob wir die richtig oder falsch finden, ist eine andere Geschichte.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 3842 - 3845 streichen und ersetzen durch:

„Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegenreten. Der zunehmende Antisemitismus ist für uns ein erneuter Anlass, das Recht des jüdischen Volkes auf politische Selbstbestimmung zu betonen. Daher stehen wir für das Existenzrecht Israels ein. Wir stehen für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung.

Die „Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken“ hat sich angesichts des beständigen Anwachsens des Antisemitismus im Juni 2016 auf eine Arbeitsdefinition für Antisemitismus geeinigt: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf

Juden Ausdruck finden kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nicht-jüdische Individuen und/oder ihr Eigentum, gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen.“ DIE LINKE unterstützt in diesem Sinne den Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland und weltweit. Angesichts des Wahlsiegs von Donald Trump in den USA, des alarmierenden Ergebnisses für Marine Le Pen in Frankreich, der Etablierung rechtspopulistischer Regierungen in verschiedenen EU-Staaten und des Aufstiegs rechtspopulistischer und rechtsradikaler Parteien und Bewegungen betont DIE LINKE die Verpflichtungen, die aus der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands resultieren.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

~~Zeilen 3849/3850: „Gesetze dürfen nicht von denen geschrieben werden, die von ihnen profitieren. Wir fordern Transparenz für die Erarbeitung von Gesetzen, soweit Dritte an ihrer Erarbeitung beteiligt sind (legislativer Fußabdruck)“~~

Begründung:

Die derzeitige Formulierung ist Populismus. Diese Forderung ernst genommen, dürften sich auch LINKE Gesetzentwürfe nicht auf Vorarbeiten von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen beziehen. Die Forderung muss die nach Transparenz sein. Sobald erkennbar ist, dass Dritte und welche Dritte an Gesetzentwürfen mitgearbeitet haben ist dies für die Meinungsbildung ausreichend.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

~~Zeilen 3852-3854: „Wir wollen Abgeordnetenbestechung wirksam unter Strafe stellen. Wer Gegenleistungen für Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Abgeordneten Mandats annimmt, soll bestraft werden.“~~

Begründung:

In der vergangenen Wahlperiode wurde der § 108e StGB reformiert (vgl. Bundestagsdrucksache 18/476). Ziel dieser Gesetzesänderung war, die Abgeordnetenbestechung wirksam unter Strafe zu stellen. Ob das Gesetz ausreichend ist, kann derzeit nicht wirklich beurteilt werden, weil es an einschlägigen Fällen fehlt.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

~~Zeilen 3855-3857: „Wir wollen ein verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen und treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in Bundesministerien und bei Vollzeitparlamenten von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein.“~~

Begründung:

*Auch diese Forderung ist Populismus. Zunächst sollte jede Nebentätigkeit offen gelegt werden. Das macht eine selbstbestimmte Einschätzung von Politiker*innen möglich. Schließlich wäre zu fragen, ob tatsächlich mit dem Antrag ein Verbot normiert werden soll, neben dem Abgeordnetenmandat auch für eine Gewerkschaft zu arbeiten. Gewerkschaften sind, ähnlich wie zivilgesellschaftliche NGO, eben auch Lobbyorganisationen.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 3864-3867: „Bundesministerinnen und Bundesminister, parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre müssen nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt für die Dauer des zeitlichen Anspruchs auf Übergangsgeld fünf Jahre warten, bevor sie in Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst waren.“

Begründung:

Die Festlegung auf fünf Jahre ist willkürlich und populistisch. Sie ist juristisch auch kaum durchhaltbar. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat einen Antrag zur gesetzlichen Regelung von Karenzzeiten eingebracht (vgl. Bundestagsdrucksache 18/285), der dem Änderungsantrag entspricht. In der Begründung hieß es: „Die Erwartung der Bevölkerung, dass Regierungsmitglieder ihr Handeln ihrer rechtlichen Stellung und Funktion im Verfassungsgefüge entsprechend am Gemeinwohl ausrichten, ist unabdingbare Voraussetzung für die Akzeptanz und Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie. Der nahtlose Wechsel eines ehemaligen Regierungsmitgliedes zu in privat-rechtlicher Form geführten Wirtschaftsunternehmen muss den Eindruck erwecken, ehemalige Regierungsmitglieder nutzten das in ihrer Amtszeit erlangte Insiderwissen gegen entsprechende Bezahlung zu ihrem persönlichen Vorteil, indem sie dieses in den Dienst privater Partikularinteressen stellen. (...) Die besondere Vertrauensstellung von Kabinettsmitgliedern und Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretären endet nicht etwa unmittelbar mit ihrem Ausscheiden aus dem Amt oder mit der Aufgabe des Mandates, sondern wirkt zeitlich nach. Mit der Vertrauensstellung einher geht eine besondere Pflichtenstellung. Auch diese Pflichtenstellung endet nicht etwa mit dem Tage des Ausscheidens aus der Bundesregierung, sondern geht zeitlich darüber hinaus: Unvereinbarkeiten mit der Ausübung eines Regierungsamtes bestehen deshalb nicht ausschließlich während der Amtszeit, sondern wirken – mit abnehmender Intensität – auch nach deren Ausscheiden aus diesem Amt noch eine Zeit lang fort. (...) Außer den legitimen Zweck zu verfolgen, die Integrität politischer Entscheidungsprozesse und die Funktionsfähigkeit des parlamentarisch-repräsentativen Regierungssystems zu schützen, darf eine gesetzliche Karenzzeitregelung im Hinblick auf den darin liegenden Eingriff in die Berufsfreiheit ausscheidender Regierungsmitglieder nicht stärker als zu Erreichung dieses Zweckes erforderlich in Artikel 12 des Grundgesetzes eingreifen und nicht außer Verhältnis zur Förderung dieses Zwecks stehen. Um dies zu gewährleisten, muss die Länge einer gesetzlich zu regelnden Karenzzeit in Abhängigkeit von Dauer der Regierungsmitgliedschaft bemessen sein und bei der Maximaldauer ferner berücksichtigen, dass ehemalige Regierungsmitglieder während ihrer Karenzzeit nur eingeschränkt erwerbstätig sein können. Eine gesetzliche Regelung ist dementsprechend angemessen, wenn sie sowohl die Dauer der Amtszeit als auch die Art der beabsichtigten Tätigkeit, den bisherigen Tätigkeitsbereich und die Versorgungsansprüche ausgeschiedener Regierungsmitglieder aus ihrem bisherigen Amt gleichermaßen berücksichtigt. Konkret sollte die Karenzzeitregelung zeitlich auf den Zeitraum abgestimmt sein, für den der Bund dem jeweiligen Regierungsmitglied gemäß § 14 des Bundesministergesetzes (Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung) ein Übergangsgeld zahlt. Dieser Zeitraum richtet sich nach der Dauer des Regierungsamtes.“

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3868, neuer Spiegelstrich: „Wir wollen die europäische Anti-Korruptionsbehörde OLAF ausbauen und stärken.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Nach Zeile 3922: „Die Stärkung des Rechtsstaates erfordert außerdem eine den Richterinnen und Richtern gleiche Unabhängigkeit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durch Abschaffung des Weisungsrechts.“

Begründung:

Dies ist seit langem eine Forderung linker Rechtspolitik.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Nach Zeile 3922 die Passage aus Zeile 3988/3989 verschieben und wie folgt ändern:

„Strafrecht ist Ultima Ratio. Staatliches Handeln soll sich an der Verhältnismäßigkeit orientieren: Wir wollen das Strafrecht wieder enger an die Verfolgung von Straftaten gegen Leib, Leben und ~~das Eigentum~~ die sexuelle Selbstbestimmung binden.“

Begründung:

Rationale Kriminalpolitik weiß um die eher negativen Wirkungen des Strafvollzuges. Gerade deshalb sollte der Entzug der Freiheit verhältnismäßig in Bezug zum angerichteten Schaden sein. Bei Eigentums- und Vermögensdelikten, ebenso bei anderen Delikten jenseits von Straftaten gegen Leib und Leben sowie die sexuelle Selbstbestimmung scheint diese Verhältnismäßigkeit nicht gegeben zu sein.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Nach Zeile 3922: „Wir setzen uns für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe ein“

Begründung:

Die Ersatzfreiheitsstrafe trifft vor allem diejenigen, die nicht in der Lage sind eine Geldstrafe zu bezahlen. Sie ist insoweit eine sozial ausgrenzende Strafe. Der Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe ist kriminalpolitisch und ökonomisch Unsinnig. Auch deshalb hat der einzige linke Justizminister kürzlich die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe gefordert (vgl. <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1079543/>). Diese Forderung wird auch vom Strafverteidigertag vertreten.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Nach Zeile 3922: „Die lebenslange Freiheitsstrafe wollen wir abschaffen.“

Begründung:

Auch diese Forderung zählt seit langem zum Kanon linker Rechtspolitik. Die lebenslange Freiheitsstrafe hat keinerlei sinnvolle Wirkung. Der Strafverteidigertag hat alle wichtige Argumente gegen die lebenslange Freiheitsstrafe nachvollziehbar dargestellt (vgl. http://www.strafverteidigertag.de/Material/PP_Lebenlang.pdf).

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3973/3974: „Eine bürgernahe Polizei muss für die Bürger*innen erreichbar, im Stadtbild präsent und damit ansprechbar sein. Dadurch wird die nötige Sicherheit und auch das individuelle Sicherheitsgefühl bei den Bürger*innen hergestellt. ~~Eine bürgernahe Polizei wird selbstverständlich die Rechte etwa von Migranten und linken Demonstrierenden genauso schützen wie die aller anderen Menschen.“~~

Begründung:

*Die Definition einer Bürger*innennahen Polizei ausschließlich darüber, wie sie mit Migrant*innen und linken Demonstrant*innen umgeht, ist wohl zu kurz gegriffen.*

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 3999/4000: „Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen ~~im Grundsatz~~ die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit haben“

Begründung:

Die Formulierung „im Grundsatz“ heißt nichts anderes als das es Ausnahmen geben soll. Welche das sein sollten ist unklar.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 4027: „Dänen, Friesen, Sinti und Roma und die Sorben und Wenden leben seit Jahrhunderten in Deutschland. In Deutschland lebende Minderheiten, insbesondere Sinti und Roma müssen im Sinne des europäischen Minderheitenabkommens anerkannt und unterstützt werden.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 4176-4189 ersetzen durch:

„Die offene Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit leisten als Orte non-formaler und informeller Bildung einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Dafür bedarf es einer gesetzlich strukturierten Regelung des SGB VIII und der damit verbundenen finanziellen Ausstattung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Gemäß § 79 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII hat der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe einen angemessenen Anteil seiner Jugendhilfeausgaben für die Jugendarbeit zu verwenden. Bereits der 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hält dafür einen Anteil von mindestens 15 % der Jugendhilfegesamtausgaben beim örtlichen Träger der Jugendhilfe für erforderlich.“

Eigenständige Jugendpolitik ist das zentrale Instrument, um zu einer jugendgerechten Gesellschaft, gleichen Startchancen, verbesserten Zugängen und gelebter Partizipation für alle Kinder und Jugendlichen beizutragen. Sie ermöglicht die Bildung von Freiräumen und Korridoren, in denen eine Selbstverwirklichung der Zielgruppe stattfindet.

Die Jugendpolitik umfasst als Querschnittsaufgabe Bildungs-, Wirtschafts-, Sozial-, Innen- und Familienpolitik, die Kinder und Jugendliche in ihrem Bildungsverlauf fördert und ihnen

berufliche Perspektiven eröffnet. Es arbeiten freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe sowie Verwaltung und Politik Hand in Hand. Mit Blick auf die Lebensphase Jugend werden Interessen von Kindern und Jugendlichen bei allen sie betreffenden Angelegenheiten umfassend beteiligt.

Dafür fordern wir, dass

- mindestens 15% der Gesamtjugendhilfeausgaben in der Bundesrepublik für die Finanzierung der Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Mitteln des Bundeshaushaltes zur Verfügung stehen
- Kinder und Jugendliche in ihrer politischen und sozialen Selbstorganisation gestärkt sind
- ihre sozialen Rechte gestärkt und bessere Möglichkeiten für ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe geschaffen sind
- die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, in Leitbildern als fachlicher Standard verankert sind
- das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, das betrifft die Teilnahme an allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf Europäischer, -Bundes, -Landes,- und Kommunalebene
- die Erstwähler optimal auf demokratische Entscheidungsprozesse / Wahlen (Mitbestimmungsrecht) im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildung vorbereitet werden
- der öffentliche Nahverkehr für Kinder und Jugendliche kostenlos nutzbar ist
- internationale Jugendbegegnungen im Sinne des Weltweiten Austauschs und zur Stärkung Europas unterstützt und gefördert wird
- ehrenamtlichen Tätigkeit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Mitbestimmung und Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens Anerkennung finden und gefördert werden. Die Ausbildung zur Erlangung der Jugendleitercard soll durch Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel sichergestellt werden
- Kinder und Jugendliche darin bestärkt und befördert werden, in ihren Quartieren oder Sozialräumen sich mit der Geschichte ihrer Community auseinander zu setzen, um die Identifikation und Verbundenheit mit ihrer Community zu stärken
- die Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit in ihrer Vielfalt als Partnerin zur Umsetzung einer eigenständigen Jugendpolitik gestärkt wird.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 4329-4331: „Dabei muss selbstverständlich der Datenschutz ~~und das Urheberrecht~~ berücksichtigt werden - es dürfen also nur Daten veröffentlicht werden, die den Datenschutz ~~und das Urheberrecht~~ nicht verletzen.“

Begründung:

Das Urheberrecht hier zu erwähnen macht keinen Sinn. Es geht um Daten, „die von Regierungen mit öffentlichen Geldern gesammelt und erstellt wurden“. Hier das Urheberrecht zu erwähnen ist der beste Vorwand um Open Data und damit das eigentliche Ziel zu verhindern.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 4365/4366: „Unternehmen müssen Hatespeech oder Mobbing sowie Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung auch durch Social Bots ~~mit eigenen Redaktionssystemen verhindern bzw.~~ zur Anzeige bringen und nach gerichtlicher Entscheidung löschen.“

Begründung:

Wir wenden uns gegen eine private Rechtsdurchsetzung, wie sie mit dem Netzdurchsetzungsgesetz gerade geplant wird. Ein eigenes Redaktionssystem würde Uploadfilter beinhalten, was zu Overblocking führt. Wir sollten uns klar dafür aussprechen, dass die Rechtsdurchsetzung durch Gerichte und nicht durch private Plattformbetreiber stttfindet.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 4372 neuer Spiegelstrich: „Aufgrund immer stärkerer Überwachung digitaler Kommunikation ist Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für Journalist*innen mitunter die einzige Chance, vertraulich zu kommunizieren und so Meinungs- und Pressefreiheit zu gewährleisten. Zur Gewährleistung freier Recherche und journalistischer Arbeit wollen wir die Ausbildung von Journalist*innen an neuen Technologien für sichere digitale Kommunikation fördern.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 4443 neuer Spiegelstrich: „Wir wenden uns gegen die zunehmende Kriminalisierung nicht rassistischer und gewaltfreier Fußball-Fan- und Ultragruppen, Fanbetreuer*innen, Fanprojekten, Fanbeauftragt*innen und Verantwortlichen, wie u.a. in Leipzig geschehen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

Kapitel XVII. Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt! Ohne dich geht es nicht!

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeile 4464: „DIE LINKE ist die Kraft für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden.“

Begründung:

DIE LINKE hat seit ihrer Gründung drei Säulen. Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden. Wir sollten nicht ständig vergessen, die Demokratie zu erwähnen.

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus

Zeilen 4475-4487:

„Wir versprechen: Die Abgeordneten der LINKEN binden sich an einen Verhaltenskodex. Sie stehen für die hier vorgestellten Ziele und Projekte. Sie erklären,

~~• dass sie keine Spenden oder Geschenke von Lobbygruppen oder Großunternehmen annehmen. Bürgerwille und Gemeinwohl gehen vor Einzelinteresse!~~

~~• dass sie nicht mit Geheimdiensten zusammenarbeiten.~~

~~• dass sie Informationen und Wissen aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit zum allgemeinen Interesse einsetzen. Wir sind keine Partei der Hinterzimmer. Informationsfreiheit statt Geheimniskrämerei!~~

~~• dass sie Mittel und Infrastruktur der Abgeordnetenbüros der lokalen Bevölkerung, sozialen Bewegungen oder Solidaritäts- und Hilfsprojekten zur Verfügung stellen. Unsere Abgeordneten haben sich bei ihrer Aufstellung als Kandidierende verpflichtet:~~

- die Programmatik der Partei DIE LINKE aktiv zu vertreten;
- die eigene politische Biografie offen zu legen;
- Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten und ihr Arbeit Bürgerinnen- und Bürgernah zu gestalten;
- eine ausgeprägte Basisverbundenheit zu zeigen;
- offene, weitgehend barrierefreie und dem Anspruch der Kümmererpartei gerecht werdende Wahlkreisbüros zu unterhalten;

Ohne dich, ohne euch geht es nicht. Wahlen und Wahlkämpfe können viele Menschen begeistern, wenn sie sich Veränderung erwarten. Gemeinsam können wir etwas erreichen: eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.“

Begründung:

*Diese Aufzählung ist Voluntarismus. Es klingt schön, ist am Ende aber ein Bumerang. Weshalb sollt ein*e Abgeordnete*r keine Spenden von Lobbygruppen und Unternehmen, wohl aber von einzelnen auch wohlhabenden Bürger*innen entgegennehmen dürfen. Wenn überhaupt, sollte ein allgemeines Spenden- und Geschenkeannahmeverbot formuliert werden. Das betrifft dann aber auch die Tafel Schokolade. Die Formulierung der Nichtzusammenarbeit mit Geheimdiensten ist unpräzise. In einer strengen Auslegung würde dies beispielsweise die Arbeit im parlamentarischen Kontrollgremium ausschließen, denn auch dort findet im Rahmen der Kontrolle eine Zusammenarbeit statt. Die Zurverfügungstellung von Wissen und Informationen aus der parlamentarischen Tätigkeit in dieser Allgemeinheit ist so nicht möglich. Nicht nur, dass Abgeordnete aus gutem Grund ein Zeugnisverweigerungsrecht haben, wäre es auch ziemlich unklug zum Beispiel über eine geplante Abschiebung öffentlich zu reden, wenn es auf dem Verhandlungswege die Option gibt, die Abschiebung zu verhindern. Schließlich ist der letzte Punkt (Mittel und Infrastruktur der Abgeordnetenbüros der lokalen Bevölkerung,*

sozialen Bewegungen oder Solidaritäts- und Hilfsprojekten zur Verfügung zu stellen) ein hilfloses Alibi, solange es Abgeordnete der LINKEN nicht schaffen, ihre Diätenerhöhung regelmäßig zu spenden und selbst konkrete Hilfsangebote anzubieten.

Darüber hinaus ist es kein guter Stil, die Freiheit der potentiellen Abgeordneten nach deren Aufstellung mittels Wahlprogramm einzuschränken. Deshalb soll Alternativ der Beschluss des Parteivorstandes zu Kriterien für eine Kandidatur zum Deutschen Bundestag aus dem April 2016 (<https://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/kriterien-fuer-kandidaturen-zum-deutschen-bundestag/>) angepasst an das Wahlprogramm an diese Stelle eingefügt werden. Diesen Beschluss kannten alle Kandidierenden vor ihrer Aufstellung.
